Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 1000 M., durch die Post 1000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT" als Beilage

Der Anzeigenpreis beträgt 35 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 200 M. für Reklame anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Mark | Mittwoch, den 10. Januar 1923 | 3. Jahrgang. Nr. 8

Der Einmarsch ins Ruhrgebiet

Vorbereitungen der Cuno-Regierung zur Kapitulation

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 10. Januar.

Aus Essen wird uns berichtet: Die Vorbereitungen der Franzosen zum Vorrücken ins Ruhrgebiet sind getroffen. Bis gestern sind im Grenzgebiet 49 Züge mit Infanterie, Kavallerie und vor allem auch mit schwerer Artillerie eingetroffen. Heute werden weitere 24 Züge erwartet. Die Zahl der Truppen wird auf 50 000 Mann geschätzt. Der Vormarsch soll mit einem ungeheurem Aufwand von Waffen und Kriegsmaterial erfolgen. Die Besetzung wird in drei Kolonnen von Solingen, Düsseldorf und Duisburg vor sich gehen. Von Düsseldorf aus werden die französischen, von Duisburg über Mühlheim die belgischen Truppen vorrücken. Insgesamt sollen 9 Divisionen mit 120 000 Mann an der Aktion teilnehmen. Im Essener Bezirk sollen alle Fabriken und Bergwerke sowie sämtliche Bahnanlagen, Brücken, Ueberführungen usw. von französischem Militär besetzt werden. Die Spitze der französischen Truppen werde für heute früh gegen 8 Uhr in Essen erwartet. Der Befehl an die Truppen lautet, wie es heißt, auf Besetzung von Mühlheim und Essen mit Umgebung. Für die Besetzung von Gelsenkirchen und Bochum liege ein Eventualbefehl vor, dessen Ausführung erst als ein weiteres Druckmittel gegenüber dem Deutschen Reiche gedacht ist. Bei dem Heranrücken der Franzosen wird ein großer Teil der Schupo aus Essen zurückgezogen werden.

Unter dem Bürgertum herrscht im allgemeinen keine Erregung. Es erwartet die Besetzung in der Hoffnung, daß die Franzosen „Ordnung machen" und der Streiterei ein Ende setzen werden. Die Erregung der Arbeiterschaft ist groß, aber nicht aus nationalistischen Motiven. Sie richtet sich nicht allein gegen Poincaré, sondern vor allem gegen Stinnes und Krupp. Die letzten Schiedssprüche haben die Erregung gesteigert. Die Arbeitszeit ist zum Teil schon willkürlich heraufgesetzt worden. Auf der Zeche Alexander stehen schon 600 Arbeiter im Streik. In der gesamten Bergarbeiterschaft, unter den Metallarbeitern und auch unter den Eisenbahnern herrscht ein starker Wille zum Generalstreik und zur Abwehr der Unternehmerangriffe. Die deutsche Bourgeoisie will, daß die Masse sie unterstützt und für sie ins Feuer geht. Während die Regierung des Bürgerblocks den französischen Imperialismus gewähren läßt, um durch „Würde und Ruhe" zu neuen Verhandlungen zu kommen, schreit das Schwerkapital nach der Abwehr der Arbeiter in das Ruhrgebiet.

*

In dieser Stunde der äußersten Zuspitzung der Reparationskrise weiß die Regierung Cuno nichts anderes zu tun, als „in Ruhe und Würde" abzuwarten, was alles geschehen wird. Sie hält zwar täglich Besprechungen ab, über die die Stinnespresse berichtet, daß der Gesamtplan der Regierung fertig sei und daß sie zahlreiche Maßnahmen in Aussicht genommen hat, deren Anwendung ganz davon abhängigen, ob die französische Aktion sich als eine vollständige militärische Besetzung oder als eine rein wirtschaftliche Sanktion darstellen werde. Das heißt nichts anderes, als daß sich die Regierung Cuno von vornherein auf eine Kapitulation vor den Bedingungen Poincarés für eine französisch-deutsche Wirtschaftsverständigung einrichtet. Vorläufig freilich versucht sie die nationalen Instinkte zu entfesseln und die „nationale Einheitsfront herzustellen". Diesem Zwecke soll eine lange Erklärung des Außenministers Rosenberg über „die Rechtslage in der Sanktionsfrage" dienen, in der er die „Waffe des Rechts" schwingt und den Nachweis zu führen versucht, daß die vom französischen Imperialismus ins Werk gesetzte Ruhrbesetzung Vertragsbruch, rechtswidrige Vergewaltigung sei.

Auf den gleichen Ton — nur die bombastischen Phrasen des Nationalismus etwas stärker aufgetragen — ist ein Aufruf gestimmt, den Herr Ebert und Herr Cuno, der Präsident und der Reichskanzler der deutschen Bourgeoisie, an die Bevölkerung der von der neuen Besetzung bedrohten Gebiete richtet. Der Aufruf beginnt mit der wehmütigen Klage, daß „fremde Willkür" das „Selbstbestimmungsrecht" des deutschen Volkes verletzt. Als Kampfesmittel gegen diese „fremde Willkür" berufen sich Präsident und Reichskanzler auf den — Versailler Friedensvertrag: „Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber Fortsetzung des Unrechts und Gewalt. Es ist Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten und wehrlosen Volke." Sie klagen diesen „Vertragsbruch", diesen „Gewaltakt" an vor Europa und vor der gesamten Welt. Der Aufruf endet mit der Aufforderung, fest, ruhig und besonnen zu bleiben. Die Regierung werde alles versuchen, die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen.

Die deutsche Bourgeoisie, die sich in den Zeiten ihrer imperialistischen Größe keinen Augenblick besonnen hat, alle Verträge, die ihre Raubgelüste eindämmten, in Fetzen zu reißen, sie jammert heute über Vergewaltigung, weil sie zu einem wirklichen Widerstand gegen den imperialistischen Partner nicht fähig ist. Dies Gejammer soll die nationalen Instinkte des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft aufstacheln, damit die Kapitalisten sich zu günstigeren Bedingungen mit dem französischen Imperialismus verständigen können. In Wirklichkeit ist die Ruhrbesetzung nicht ein Bruch, sondern die konsequente Fortführung des Versailler Vertrages, dessen Zweck die Ausschaltung des deutschen Imperialismus, wenn nötig, durch die Zertrümmerung Deutschlands, ist, an dem aber die Bourgeoisie und die Regierung Cuno festhält, weil er ihre festeste Stütze gegen das deutsche Proletariat bildet.

Die Cuno-Regierung bereitet mit ihrem Aufruf nichts anderes als ihre Kapitulation vor. Die Truppen, mit denen sie das Vaterland verteidigt, sind die Berufung auf den Versailler Friedensvertrag. Die Dauer der Fremdherrschaft abkürzen, das heißt, daß die deutsche Schwerindustrie morgen auf die Bedingungen der französischen Schwerindustrie eingehen wird.

Die einzige Macht, die imstande ist, den Versailler Vertrag zu zerreißen, die Zertrümmerung Deutschlands und die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft zu verhindern, ist die Arbeiterschaft, die vermittels einer Arbeiterregierung das Geschick Deutschlands in die eigene Hand nimmt und sich die Hilfe des internationalen Proletariats durch den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie erwirbt.

*

Die „Feststellung" der Repko

Paris, 9. Januar.

Mit drei gegen eine Stimme wurde heute nach dreistündiger Sitzung der Reparationskommission die absichtliche Verfehlung Deutschlands in der Frage der Kohlenlieferungen festgestellt. Der englische Delegierte Bradbury stimmte dagegen. Vor der Abstimmung machten der Direktor des Kohlensyndikats, Lübsen, und Geh. Rat Ruppel vor der Kommission längere Ausführungen.

*

Die Entscheidung der Reparationskommission, die Deutschlands absichtliche Verfehlung feststellt, gibt Poincaré auch das formelle Recht zur Ergreifung von Sanktionen in die Hand. Es ist bezeichnend, daß auf dieser Sitzung seit langer Zeit zum erstenmal alle vertretenen Ententeregierungen außer England für die französischen Ziele gestimmt haben. Nicht nur Belgien, sondern auch das faszistische Italien unterstützt also gegenwärtig entschlossen die Politik Frankreichs. England ist innerhalb der Entente isoliert.

*

Krupps sind zufrieden

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 9. Januar.

Ein Mitarbeiter des „Echo de Paris" hat mit einem Vertreter des Hauses Krupp gesprochen, der ihm einige Angaben gemacht hat. „Was immer geschehen mag, wir werden weiter arbeiten. Ich persönlich halte die Aktion für einen unbegreiflichen Wahnsinn, weil sie niemals das erhoffte Ergebnis haben kann und die deutsche Industrie nur noch mehr desorganisiert wird. Aber wir werden weiter arbeiten." Der Berichterstatter folgert aus diesen Worten, daß Krupp auch nicht einen Tag lang seine Werke schließen wird, und er glaubt, daß diese Tatsache den Verlauf der Ereignisse sehr vereinfachen wird.

Was sollte Krupp auch von der Entente zu fürchten haben? Gar nichts! Man weiß, daß diese saubere Patriotenfirma, die engste Beziehungen zu Kaiser Wilhelm II. unterhielt, schon in Friedenszeiten Panzerplatten und Kanonen für „unsere Feinde" im Auslande herstellte. Auch jetzt wird Krupp sehr schnell eine Verständigung mit Poincaré finden. Dafür spricht auch folgende Tatsache: Die neue Marksturzwelle wird auf die **drohende Besetzung des Ruhrgebiets zurückgeführt.** Daß die Bourgeoisie aber die Ruhrbesetzung durch die Franzosen durchaus nicht als Unglück betrachtet, geht aus der **sehr interessanten Tatsache hervor, daß die Industriewerte des Ruhrgebietes an der Börse sehr beträchtliche Kurssteigerungen erfuhren.** So war der Kurs für **Essener Steinkohlen** 1500 Prozent, **Harpener Bergwerksgesellschaft, Mannesmann** je 500 Prozent, Phönix 1200 Prozent höher.

So sieht der Patriotismus der Kapitalisten aus! Die Börse antwortet auf die drohende Ruhrbesetzung mit fester Stimmung und Kurssteigerung.

*

Belgiens Beteiligung an der Besetzungsaktion

Brüssel, 10. Januar.

Heute vormittag werden belgische Truppen von verschiedenen Punkten aus nach Deutschland vorrücken.

In der Kammer erklärte der Außenminister: Wenn wir heute ins Ruhrgebiet eindringen, so geschieht es, weil sich dort der Mittelpunkt des Widerstandes gegen unsere gerechten Forderungen befindet. Wir sind fest entschlossen, zu erlangen, was uns zusteht, wenn nötig, durch Gewalt. Dabei rechnen wir immer noch auf den Beistand der englischen Regierung, um den Frieden von Versailles zur Durchführung zu bringen.

*

Einheitsfront aller Ausbeuter

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 10. Januar.

Laut Meldung des Wolffschen Bureaus haben die Spitzenverbände des deutschen Unternehmertums, darunter der Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes, der Reichsverband des deutschen Handwerks, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichslandbund, Hansabund, der Reichsverband der deutschen Industrie, dem Reichskanzler versichert, daß sie zur Abwehr gegen Poincaré für die „Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes eintreten wollen. Die Wirtschaftsverbände würden „alle Opfer bringen, die die Not des Vaterlandes erheische".

Herr Cuno dankte, unterließ es aber, die einzig entscheidende Frage zu stellen, ob die Schwerverdiener zahlen wollen, um den Einmarsch Poincarés zu verhindern.

Die internationale Konferenz in Essen

Von Ernst Meyer

Der imperialistische Raubvertrag von Versailles ist faktisch bereits liquidiert. Alle Hoffnungen und Versprechungen der Entente-Staaten, daß Deutschland zahlen werde, haben sich als Illusionen erwiesen. Die krampfhaften Bemühungen der Entente, möglichst viel aus Deutschland herauszupressen, stoßen auf immer neue Schwierigkeiten. Wiederholt mußten die Konferenzen der Weststaaten ergebnislos abgebrochen werden, und jetzt ist auch die Pariser Konferenz aufgeflogen. Bei der Verteilung der deutschen Beute gerieten sich die „Siegerstaaten" selbst in die Haare, trotz aller Phrasen über die erzielte Einigkeit zwischen den Entente-Mächten zeigten sich in Wirklichkeit immer deutlicher die Gegensätze zwischen diesen imperialistischen Staaten. Frankreich behauptet jetzt, volle Handlungsfreiheit zu haben. Aber auch das ist nur scheinbar. Gewiß will die französische Regierung den alten Plan auf Beherrschung der deutschen Industrie verwirklichen. Vielleicht schreitet sie gar zur militärischen Besetzung des Ruhrgebiets. Aber das wird ihre Stellung gegenüber Englands und Amerikas nur erschweren und Gegenmaßnahmen dieser beiden Länder hervorrufen. Wahrscheinlicher ist, daß Poincaré dazu übergehen wird, sich reale Pfänder in Gestalt der Kohlenzechen, Wälder und Zolleinnahmen Deutschlands zu verschaffen. Auf jeden Fall wird Poincaré durch diese Zwangsmaßnahmen, die den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluß Frankreichs wesentlich stärken würden, den Argwohn und die Eifersucht der übrigen, auch verbündeten Mächte hervorrufen. Amerika und England verfügen über finanzielle und wirtschaftliche Bruchmittel gegenüber Frankreich, um zu verhindern, daß Frankreich allein sich auf Kosten Deutschlands bereichert. Die Reparationsfrage wird nicht nur durch ein selbständiges Vorgehen Frankreichs nicht gelöst werden; Poincarés Politik wird auch eine neue politische und wirtschaftliche Beunruhigung hervorrufen, und die durch den Krieg und den Friedensvertrag von Versailles geschaffene Anarchie noch vermehren.

Welche Maßnahmen auch immer der französische Imperialismus ergreifen möge, sicher ist, daß die Arbeiter aller Länder darunter zu leiden haben werden. Das französische Proletariat und Kleinbauerntum wird von neuem belastet werden durch finanzielle Maßnahmen. Schon heute ist das französische Budget in völliger Unordnung. Die Ausdehnung der militärischen Besetzung oder die militärischen Sicherungsmaßnahmen infolge der Pfändergreifung bedeutet erhöhte militärische Ausgaben, Einberufung von weiteren Kleinbauern und Arbeitern zum Waffendienst, vielleicht sogar in der Folge neue kriegerische Abenteuer. Die Entwertung des Franken wird sich fortsetzen und bedroht unmittelbar die Ersparnisse der kleinen Rentner.

In den übrigen Entente-Staaten wird neue Unruhe in den Produktionsverhältnissen entstehen und zum mindesten zur Folge haben, daß die bestehende große Arbeitslosigkeit nicht abnimmt. Herabdrückung der Löhne, Angriffe auf den Achtstundentag. Kurz eine verstärkte Offensive des Kapitals werden den Arbeitenden dieser Länder so wenig erspart sein, wie dem Proletariat Deutschlands.

Unmittelbar wird die neue Krise in der Reparationsfrage sich am schlimmsten in Deutschland auswirken. Die Abschnürung des wichtigsten industriellen Gebiets vom Wirtschaftskörper Deutschlands wird die Stockung des Produktionsapparates, die sich bereits in langsam steigenden Arbeitslosenziffern äußert, rasch erweitern. Der Ausfall der Zolleinnahmen wird das deutsche Budget noch mehr in Unordnung bringen, dazu werden alle Kosten der Maßnahmen Frankreichs auf Deutschland selbst abgewälzt. Die Ausdehnung der Kontrolle über das gesamte Finanzgebaren Deutschlands durch die Entente wird Deutschland völlig auf das Niveau Oesterreichs hinabdrücken.

Heute schon ersticken die deutschen Arbeiter unter der gewaltigen Teuerung und dem hohen Lohnsteuerabzug. Alles was die deutsche Regierung an Reparationsleistungen aufbrachte, wurde durch schlechte Entlohnung, hohe Preise und gesundheitsschädigende Ueberarbeit aus den Proletariern herausgepreßt. Neue Forderungen und Zwangsmaßnahmen der Entente werden nach dem ausdrücklichen Willen von Stinnes wiederum allein der arbeitenden Bevölkerung zur Last fallen.

So ergibt sich klar und verhängnisvoll folgendes Bild: Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas durch den Kapitalismus ist unmöglich. Alle Versuche zur Durchführung des Versailler Friedensvertrages führen zu neuer Anarchie. Jeder Erpressungsversuch gegenüber Deutschland brachte den Arbeitern der anderen Länder keine Hilfe und wurde in Deutschland selbst von den Kapitalisten allein auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt. Eine wirkliche Lösung kann nur bringen die Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles durch die internationale Aktion des Proletariats.

Die Sozialdemokraten aller Länder reden viel von Milderung und Revision des Versailler Vertrages. Aber sie tun nichts, um auch nur diese halben Vorschläge durchzusetzen. Auf der Berliner Konferenz der Neuner-Kommission im Februar vergangenen Jahres lehnten Vandervelde und Wels die Erörterung des Versailler Vertrages ab. Die französischen Sozialdemokraten hetzen heute gegen die französischen Kommunisten, weil diese den aktiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung verlangen. Die englischen Sozialdemokraten befinden sich ganz im Schlepptau des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230110-12/fragment/page=0001
DFG

bürgerlichen Liberalismus, dessen Vorschläge sich grundsätzlich gar nicht und in den faktischen Wirkungen nur wenig von denen der französischen Imperialisten unterscheiden. In der Tschechoslowakei und in Polen, wie in Italien und Belgien sind die Sozialdemokraten die eifrigsten Anhänger und Stützen des Versailler Vertrages.

Internationale Solidarität kennen und üben nur die Kommunisten, die in ihrem eigenen Lande ihre eigene Bourgeoisie bekämpfen. Ein Beweis für diese wirkliche internationale Aktionsbereitschaft war die Konferenz in Essen, an der die Vertreter der kommunistischen Parteien von Frankreich, England, Belgien, Italien, Holland, der Tschechoslowakei und Deutschland teilnahmen. Die Kommunisten schieben nicht die Schuld auf die Bevölkerung des anderen Landes. Die Kommunisten sehen den Hauptfeind in ihrem eigenen Lande, nämlich in ihrer eigenen Bourgeoisie. Die französischen Genossen haben bereits den Kampf gegen Poincaré und die französische Bourgeoisie mit Eifer aufgenommen. Die deutschen Kommunisten streben seit langem nach der Errichtung einer Arbeiter-Regierung, die die besitzende Klasse zur Steuerleistung scharf heranzieht. In allen Ländern kämpfen die Kommunisten gegen jeden Nationalismus, gegen jede imperialistische Kriegsrüstung, gegen jede bürgerliche oder sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionspolitik, für die Kontrolle der Produktion durch das Proletariat. Während die Sozialdemokraten sich an eine Lösung der Reparationsfrage nicht heranwagen, weil sie wissen, daß allein die Erörterung dieser Frage die nationalen Gegensätze zwischen ihnen aufreißt, finden sich die Kommunisten im praktischen Kampfe gegen das internationale Kapital zusammen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß bei den Erörterungen in Essen die Vertreter der nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale niemals die Furcht aussprachen, daß ein Vorschlag den Interessen ihres Landes zuwiderlaufe, sondern, daß umgekehrt wiederholt die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht eine Losung einer nationalen Partei gegen die Bourgeoisie des gleichen Landes von der Bourgeoisie des anderen Landes gegen die heimischen Kommunisten ausgenutzt werden könne. Dabei ist gleichzeitig klar, daß nur die Vorschläge der Kommunisten die Nation, d. h. die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung jedes Landes vor dem Untergang und der Versklavung zu retten vermögen.

Die Essener Konferenz lehnte es auch bewußt ab, durch leere Phrasen und Versprechungen die Massen zu täuschen. Die kommunistischen Parteien wollen den Kampf gegen den Imperialismus und gegen den Versailler Vertrag ernsthaft führen. Sie wissen, daß dieser Kampf nur in dem Maße erfolgreich sein wird, als es der Arbeiterschaft jedes Landes gelingen wird, der eigenen Bourgeoisie Machtpositionen abzutrotzen. Die Essener Konferenz war keine Demonstration und keine Parade. Sie war vielmehr eine Tagung ernster Arbeit zur Einleitung von Aktionen, die von der Arbeiterschaft jedes Landes unternommen werden müssen. Das in Essen gebildete Aktionskomitee wird die für die Leitung dieser Aktionen notwendige Verbindung herstellen. Jeder Sieg der Arbeiterschaft eines Landes wird den Kampf der Arbeiterschaft im anderen Lande erleichtern und anspornen. Gestützt auf die Gewißheit internationaler Solidarität der arbeitenden Bevölkerung in den übrigen Ländern, heißt es deshalb für das deutsche Proletariat: **Auf zum Kampfe gegen die Bourgeoisie Deutschlands! Nieder mit der Koalitionspolitik! Hoch die Arbeiter-Regierung!**

Poincarés Angst vor den Kommunisten

Er will die Führer verhaften

Paris, 9. Januar.

Die heftige Agitation der französischen Kommunisten gegen den Vormarsch in das Ruhrgebiet hat das Mißtrauen der Regierung erweckt. Die französische Regierung soll die Absicht haben, mehrere kommunistische Führer zu verhaften.

*

Die Widerstandsaktion, die unsere französischen Genossen in engstem Einvernehmen mit der deutschen Partei und der Kommunistischen Internationale eingeleitet haben, zieht weitere Kreise. Die „Humanité", die täglich Appelle an das Proletariat mit der Aufforderung zum Widerstand gegen Poincarés Pläne veröffentlicht, findet in den letzten Tagen in Paris und im ganzen Land eine ungeheure Steigerung ihres Absatzes. Der Rote Französische Gewerkschaftsbund fordert seine gesamten Mitglieder zur Abwehr gegen die imperialistischen Machenschaften auf. Die Versuche der französischen Sozialdemokraten, diese Kampagne durch die Vertröstung auf den Schiedsspruch des Genfer Völkerbundes zu durchkreuzen, finden bei den Arbeitermassen keinerlei Echo.

Unter diesen Umständen ist die Nervosität der französischen Bourgeoisie begreiflich. Die deutsche Arbeiterschaft beglückwünscht die französischen Brüder zu diesem ersten Erfolg ihrer Widerstandsaktion in der Ueberzeugung, daß es Poincarés Gendarmen nicht gelingen wird, den wachsenden Unwillen der kriegsfeindlich gesinnten Arbeiter- und Bauernmassen einzudämmen.

Weitere internationale Massenkundgebungen

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 9. Januar.

Am Montag, dem 8. Januar, fanden in Hamborn und Barmen riesige internationale Massenmeetings statt. Der größte Saal Hamborns war schon lange vor Eröffnung der Versammlung überfüllt. Es mußte auch der zweitgrößte Saal zu Hilfe genommen werden, der sofort überfüllt war. Die Massen folgten mit der angespanntesten Aufmerksamkeit den Reden der ausländischen Genossen. Es sprachen Vertreter der kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens, Hollands und von der deutschen Kommunistischen Partei der Genosse Stöcker.

In Barmen wies das Meeting einen Massenbesuch von Arbeitern aller Parteien auf wie noch nie zuvor. Die Ausführungen der kommunistischen Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei wurden mit großer Begeisterung und einstimmigem Beifall auch der MSPD.-Arbeiter aufgenommen. Für die Kommunistische Partei Deutschlands sprach Genosse Höllein.

Am Dienstagabend findet in Köln und am Mittwochabend in Solingen ebenfalls eine große internationale Kundgebung statt.

München-Gladbach, 9. Januar.

Eine für Montagabend in München-Gladbach an Stelle der verbotenen Massenkundgebung einberufene öffentliche Versammlung, in der Genosse Stöcker über die politische Lage sprechen sollte, wurde von der belgischen Besatzungsbehörde verboten, weil sie die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährde.

Polizeiattacke gegen Arbeiter

WTB. verbreitet folgende Meldung:

Hamburg, 9. Januar.

Nach einer kommunistischen Versammlung gegen den Versailler Vertrag kam es gestern abend zu einem Zusammenstoß zwischen einem Trupp Jugendlicher (?) und der Polizei. Diese mußte, da die Menge der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht nachkam, mit Gummiknüppeln einschreiten. Bei dem Handgemenge wurden ein Wachtmeister und drei Polizeibeamte verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

*

In Halle haben die Faszisten trotz polizeilichen Verbots ziemlich unbehelligt ihre Radaudemonstrationen durchführen können. Es gehört in den Rahmen der demokratischen Republik, daß man gegen den Raubfrieden von Versailles demonstrierende Arbeiter mit dem Gummiknüppel traktiert. Die Kommunisten protestieren eben nicht im nationalistischen Sinne, sondern bekämpfen Versailles durch internationalen Klassenkampf. Darum muß Cuno-Deutschland die Kommunisten niederknüppeln.

Der Marksturz ins Bodenlose

Erhöhtes Klettertempo der Preise

Am gestrigen Tage ist der Dollar bis auf 10 600 gestiegen. Gestiegen, trotzdem die Reichsbank versucht, eine weitere Entwertung der Mark durch Stützungsaktionen aufzuhalten. Der Sturz der Mark ins Bodenlose hat von neuem begonnen. Auf ein 2400stel ihres Friedenswertes ist die Mark, gemessen am Dollarkurs, gesunken. Zugleich mit diesem Marksturz vollzieht sich die Markflucht der Besitzenden. Nicht so sehr in Divisen, denn diese sind nur in geringen Mengen vorhanden, sondern vielmehr in die verschiedenen Wertpapiere. Ungeheure Kaufanträge liegen bei den Banken vor. In der Hauptsache werden reine Valutawerte, Kolonialwerte, österreichische Bankaktien, Aktien von Schiffahrtsunternehmungen, die ihre Einnahmen in fremden Valuten beziehen, sowie oberschlesische Werte gesucht.

Der neue Marksturz wirft natürlich alle schönen Haushaltsberechnungen der deutschen Länder und Kommunen über den Haufen. Die Teuerung aber setzt in einem verschärften Maße ein und verringert von Stunde zu Stunde von neuem die schon so geringen Reallöhne der Arbeiter und Angestellten. Innerhalb von sechs Tagen ist z. B. der Butterpreis von 1400 bis 1600 Mark auf 2250 bis 2500 Mark pro Pfund gestiegen, für Margarine von 950 auf 1060 Mark, für Ochsenfleisch, schlechtere Qualität, von 700 bis 800 auf 900 bis 1100 Mark.

Die Preise steigen, die Lebenshaltungskosten erhöhen sich, aber wie die Lohnverhandlungen der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Staatsarbeiter zeigen, sind die Unternehmer, einschließlich der Generaldirektoren, die gegenwärtig Minister sind, nicht gewillt, den Arbeitern auch nur die gegenwärtige, vollkommen ungenügende Lebenshaltung auch weiter zu belassen. Während sie zur nationalen Einheitsfront aufrufen, versuchen sie, ihr Geschäft bei der Markentwertung zu machen, indem sie die Reallöhne herabmindern, die Produktionskosten verringern. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist aber so tief gesunken, daß jede weitere Verminderung unbedingt abgewehrt werden muß. Die Folgen der neuen Markentwertung müssen von den Arbeitern auf die besitzende Klasse abgewälzt werden.

*

Auch der Frank fällt

Die Mark sinkt. Aber mit ihr zugleich fällt auch der französische Frank. Konnte man noch vor wenigen Tagen für 64,35 Franken ein englisches Pfund kaufen, so waren gestern schon 69,5 Franken dazu notwendig. In der Friedenszeit beanspruchten 25 Franken ein englisches Pfund Sterling. Auch in Frankreich versuchen, wie in Deutschland, die Kapitalisten, die Folgen der Entwertung und der Teuerung nur von den Arbeitern tragen zu lassen. Gegen diese Pläne ihrer Ausbeuter müssen die Arbeiter sowohl in Frankreich als in Deutschland den schärfsten Kampf aufnehmen.

Unannehmbares Verhandlungsergebnis für die Staatsarbeiter!

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 10. Januar.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne haben am gestrigen Dienstagabend ihren Abschluß gefunden. Die Organisationen verlangten für die erste Januarhälfte eine Lohnerhöhung um 90 Mark, für die zweite Januarhälfte um weitere 120 Mark die Stunde. Nach dem abgeschlossenen Kompromiß erhalten die Staatsarbeiter in der Ortsklasse A, Lohngruppe 4, für die erste Hälfte des Monats Januar eine Stundenlohnerhöhung von 50 Mark, für die zweite eine Erhöhung um weitere 50 Mark. Die Spitzenorganisationen bzw. Eisenbahnerverbände, die dieses für die Staatsarbeiterschaft unannehmbare Kompromiß abgeschlossen haben, verpflichteten sich, innerhalb ihrer Organisationen für die Annahme des Verhandlungsresultates einzutreten. Am Mittwoch, dem 10. Januar, sollen die Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter aufgenommen werden.

*

Diese unerhörte Provokation der Cuno-Regierung erfordert die geschlossene Front der Arbeiter und Beamten. Den Spitzenorganisationen, die diesem elenden Kompromiß zustimmten, muß ganz energisch der Standpunkt klargemacht werden. Die Arbeiter und Beamten müssen es ablehnen, daß nur auf ihre Kosten „repariert" wird, während die Schwerindustrie nicht nur glänzende Geschäfte macht, keine Steuern zahlt, sondern die Vorstöße Poincarés geradezu begrüßt. Nur der Kampf kann die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung verhindern.

Die faszistischen Drahtzieher in Schlesien

Schlesien und Oberschlesien mit der großen Zahl von indifferenten Arbeitermassen, bilden für die reaktionären Drahtzieher ein ergiebiges Beutefeld. So wird unserem Breslauer Parteiblatt von absolut zuverlässiger Seite berichtet:

„Heut am 3. Januar 1923, gingen vom Bahnhof Haynau ungefähr 30, meist sehr junge Leute aus der Umgebung von Haynau, mit Axten, Sägen und Schaufeln ausgerüstet, nach Oberschlesien ab. Die jungen Leute gaben an, Stöcke roden zu gehen (!) und erklärten, daß es in Oberschlesien bald wieder losgehen würde, die Polen wollen angeblich Schlesien bis Breslau besetzen (??!). Wo es hingehe, konnten die Leute nicht genau angeben, sie sagten lediglich „hinter Oppeln".

Aus Haynau wird uns ferner berichtet, daß dort die Faszisten (Großdeutsche) nächtlich Kavallerie-Uebungen veranstalten.

Andere Nachrichten erhalten wir aus Oberschlesien, dort fordern die Reaktionäre die Kommunisten auf, sich zu bewaffnen, und kolportieren gleichzeitig die Mär, daß die Kommunisten „loschlagen" wollen!

In Kreuzburg (Oberschlesien) haben die Großdeutschen dieser Tage eine Demonstration veranstaltet.

In Gleiwitz versucht die Kriminalpolizei die Adressen führender Kommunisten zu bekommen. Im Niederschlesischen Provinziallandtag haben alle bürgerlichen Parteien gleichfalls einen reaktionären Bürgerblock gebildet.

Völkische und Deutschnationale

Bei dem Streit der neugegründeten deutschvölkischen Freiheitspartei und den übrigen deutschnationalen und deutschsozialen Gruppen werfen sich die konkurrierenden Brüder allerhand derbe Grobheiten an den Kopf, die den Vorzug der Wahrheit haben. So liegt jetzt Reinhold Wulle darüber, daß die Deutschnationalen zwar auch auf die Juden schimpfen, aber doch weit verzweigte jüdische Beziehungen haben. So lasse Helfferich seine Bücher im jüdischen Ullstein-Verlage erscheinen, bediene sich jüdischer Rechtsanwälte des jüdischen Hansabundes usw. p. p. Aehnlich sei es mit Hergt usw. Es bedarf nicht erst des Zwistes unter den Völkischen, um es an den Tag zu bringen, daß man in allen Lagern den Juden haßt, um seine Gelder um so mehr zu lieben. Sie sitzen alle in der Wolle.

Was tut die sächsische Regierung?

In einer Entschließung des Bezirksparteitages der KPD. Westsachsens heißt es u. a.:

„Ohne auch nur den geringsten Punkt des Kommunistischen Programms zurückzustellen, wendet sich der Bezirksparteitag an alle klassenbewußten Arbeiter aller Richtungen mit der Aufforderung, sich zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und um die Sicherung der unmittelbaren Existenz des gesamten Proletariats zusammenzuschließen.

Die sächsische Regierung der Sozialdemokratischen Partei hat bereits die Durchführung der Reparationsnote vom 13. November begonnen. Damit macht sich die sozialdemokratische Regierung zum Werkzeug der Kapitalsoffensive. Die sächsischen Arbeiter haben sich jedoch keine Arbeitermehrheit gewählt, damit die Sozialdemokratie bürgerliche Politik macht. Die Arbeiterschaft verlangt von der sozialdemokratischen Regierung eine unzweideutige Stellungnahme zur Reparationsnote. Gegen die Durchführung dieser Note wendet sich der Bezirksparteitag mit aller Entschiedenheit. Er fordert von der sozialdemokratischen Regierung den Rücktritt, wenn sie nicht den Kampf aufnimmt gegen die Reparationsnote, für die Bildung einer Arbeiter-Regierung."

Wendung im Leipziger Mieterstreik

(Eigene Drahtmeldung.)

Leipzig, 10. Januar.

Die Streikleitung und der Mieterschutzverband für Leipzig und Umgegend geben folgendes zur Kenntnis:

In der Angelegenheit des in Leipzig herrschenden Mieterstreiks haben am 7. Januar Verhandlungen im Landeswohnungsamt stattgefunden, an dem der Landesverband mit teilgenommen hat. Eine neue Regelung der Mietsätze erfolgt am 1. Februar 1923. Auf Grund dessen werden die streikenden Mieter ersucht, ihre Miete nach der Bekanntmachung des Rates der Stadt Leipzig abzuführen. In den in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen wird genau Bericht erstattet.

Erhöhung der Stahl- und Eisenpreise

Düsseldorf, 9. Januar.

Der gemeinschaftliche Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes nahm die Neuregelung der seit dem 29. Dezember unverändert gebliebenen Richtpreise vor. Heute wurden berücksichtigt die Erhöhung der Kosten der In- und Auslandserze, sowie die Erhöhung der Eisenbahnfrachten, welche die Erhöhung des Thomasstabeisenpreises um 43 000 Mark gleich 15,93 Prozent erforderlich machte. Die gleichen prozentualen Erhöhungen erfuhren die übrigen Richtpreisfarten. Ab 10. Januar gelten demnach folgende Richtpreise: (Werksgrundpreise) für 1000 kg in Thomashandelsgüte mit bekannter Frachtgrundlage: Rohblöcke 228 700 Mark, Vorblöcke 253 200 Mark, Knüppel 268 600 Mark, Platinen 275 700 Mark, Formeisen 309 800 Mark, Stabeisen 313 000 Mark, Universaleisen 339 300 Mark, Bandeisen 372 300 Mark, Walzdraht 335 000 Grobbleche 5 mm und darüber 353 000 Mark, Mittelbleche 3 bis unter 5 mm 297 500 Mark, Feinbleche 1 bis unter 3 mm 448 800 Mark, Mark, Feinbleche unter 1 mm 480 800 Mark. Die seit dem 29. November 1922 geltenden Mehrpreise für Lieferungen im Siemens-Martins Handelsgüte bleiben unverändert.

Neue Kohlenpreiserhöhung. Die in Kattowitz versammelten polnischen und oberschlesischen Besitzer von Kohlengruben haben, wie die „Frankfurter Zeitung" erfährt, mit sofortiger Wirkung neue Preise beschlossen. Es kosten ab Grube Grobkohle 27 000 Mk., Kleinkohle 19 000 Mk., Förderkohle 23 000 Mk. je Tonne im Durchschnitt, und dazu sind zur Ermittlung der Verkaufspreise 43 Proz. zuzuschlagen. Die deutschgebliebenen Gruben dürften sich am 15. Januar schlüssig werden. Bis dahin dürfte auch wahrscheinlich Klarheit über die Lage an der Ruhr und über die Haltung des Reichskohlenverbandes vorliegen.

Der Kaffeepreis. Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wurde von mVerein der Kaffeegroßhändler offiziell mit 4450 bis 4800 Mark für ½ Kilo je nach Qualität notiert.

Preiserhöhungen. Der Wäscherei-Verband Berlin hat seine Wasch- und Plättpreise um 75 Prozent erhöht.

Milchpreis im agrarischen Bayern. Der Milchpreis in München wurde von 202 auf 250 Mark erhöht.

Preiserhöhung für Metalldrahtlampen. Die maßgebenden deutschen Fabriken von Metalldrahtlampen haben mit Wirkung vom 5. Januar 1923 den Teuerungszuschlag für Metalldrahtlampen auf 2900 Prozent (Multiplikator: 30) erhöht.

Rücktritt des Reichsernährungsministers. Wie die „P. P. N." erfahren, beabsichtigt Reichsernährungsminister Dr. Luther sein Amt niederzulegen und den ihm freigehaltenen Oberbürgermeisterposten von Essen wieder anzutreten, um die Stadt Essen in der jetzigen schwersten Zeit nicht ohne Oberhaupt zu lassen. Herr Luther, unter dessen kurzem Regime alle Nahrungsmittel sich enorm verteuert haben, Brot, Milch, Fett, wird ohne Zweifel als „Oberhaupt in Essen" das Kraut fett machen. Es scheint, daß hinter dem Rücktritt etwas anderes steckt. Wird nicht Platz geschaffen für den Eintritt sozialdemokratischer Minister ins Kabinett, für die Bildung der Großen Koalition?

Die „Neue Zeit" in Nöten. Die „Neue Zeit" teilt in ihrer letzten Dezember-Nummer mit, daß sie von jetzt an nur noch alle 14 Tage erscheinen könne. Max Quark benutzt das im „Hamburger Echo", um sich für das Fortbestehen der längst außerhalb allen Sozialismus sich bewegenden Zeitschrift einzusetzen. Das „Hamburger Echo" selbst teilt mit, daß infolge der genialen Redaktionsführung des Sozialschauvinisten Heinrich Cunow „Die Glocke" mehr gelesen werde als die „Neue Zeit". Als die „Rote Fahne" ihre Abendausgabe einstellte, machte der „Vorwärts" hämische Glossen über den fehlenden Zuschuß aus Moskau. Für die „Neue Zeit" fehlt es der Millionenpartei nicht nur an Zuschüssen, sondern an Geist und Sozialismus.

Die erste Leiche. Im Krieg „D. A. Z."—„Zeit" ist als erstes Opfer der Chefredakteur der „Zeit", Ripplex, gefallen. Er, der bereits als Leiter der „Täglichen Rundschau" Lensch-Stinnes werben mußte, hat plötzlich die Leitung der „Zeit" niedergelegt: er hatte vor drei Tagen Lensches Angriffe auf Cuno polemisiert. Sein Rücktritt aus dem Regierungsblatt ist ein Zeichen mehr für die völlige Abhängigkeit der Cuno-Regierung vom Stinnes-Kapital. Der „Vorwärts" aber faselt von einem Konflikt Stinnes—Lensch.

Die Leipziger Nationalsozialisten rühren sich. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hatte für Freitag eine Mitgliederversammlung angesetzt. Ein Aushang des Polizeipräsidiums am Eingang verbot die Versammlung. Etwa 20 Heldenjünglinge demonstrierten trotzdem mit „Heil, Heil!" Inzwischen haben diese Faszisten neue Werbeplakate herausgehängt, auf denen sie sich als Deutsche Arbeiterpartei empfehlen.

Die Anklage gegen Leutnant Rohbach. Gegen Leutnant Rohbach wird nebst der Anklage wegen Fahnenflucht auch Anklage erhoben wegen der Bildung eines militärischen Verbandes, wegen Geheimbündelei und wegen Vergehens gegen die Gesetze zum Schutze der Republik. Wahrscheinlich werden diese Anklagen, die von den Staatsanwaltschaften in Potsdam, Breslau und Oels und vom Oberreichsanwalt erhoben werden, beim Staatsgerichtshof zusammengefaßt werden. Die Republik liebt es, von Zeit zu Zeit mit großem Tamtam einen Prozeß gegen einen Reaktionär aufzuziehen, um die Tatsache zu verhüllen, daß die Reaktion in der Republik tun darf, was ihr beliebt.

Der Dollar heute vormittag 10 875 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230110-12/fragment/page=0002

Ausland

Bergarbeiterstreik in Kanada

Nach einem Telegramm der „Times" aus Toronto streiken im Grubenbezirk von Edmonton die Bergleute. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und Streikbrechern, worauf die Polizei eingriff und 100 Bergleute verhaftete. Die Bergleute Kanadas haben sich in letzter Zeit erheblich radikalisiert und sind zum Teil Anhänger der KGJ.

Neuer Bürgerkrieg in China

Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist in Südchina ein neuer Aufstand der Anhänger Sun Yat Sens ausgebrochen. Das ist die Partei der revolutionären Intellektuellen, die auch starken Anhang unter den Arbeiter- und Bauernmassen hat. Sun Yat Sen war lange Zeit Präsident von Südchina mit dem Sitz in Kanton; er war dann aber von dem jetzigen chinesischen Machthaber Wu Pei Fu verdrängt worden. Die völlige Unfähigkeit Wu Pei Fus, China zu bessern, hat nun aber der nationalen Revolutionspartei einen neuen Aufschwung gegeben. Der Aufstand erstreckt sich über die großen südchinesischen Provinzen Yunna.a, Kwangsi und Kwantung.

Gewerkschaftsbewegung

Massenausschlüsse der Hauptvorstände

Die Mitglieder halten Abrechnung

Die Gewerkschaftszeitungen und die VSPD.-Presse haben mit einer neuen gesteigerten Lügenwelle über den Streik in Ludwigshafen eingesetzt. Ein Einzelvorkommnis, die Unterschlagung von Streikgeldern durch einen Lumpen, der nicht der Kommunistischen Partei angehört, wird aufgebauscht und verallgemeinert, gegen die Kommunisten ausgenützt, obwohl wir Dutzende von Fällen anführen können, wo Mitglieder der VSPD. Gewerkschaftsgelder unterschlagen haben. Keine Partei, keine proletarische Organisation kann sich vor dem Eindringen von Lumpen schützen.

Schutztiger als diese allgemeinen Verdächtigungen sind aber die Lügen über Ursachen und Führung des Ludwigshafener Streiks. Die Gewerkschaftspresse tobt fessellos. Die Arbeiter seien von den Kommunisten belogen, mit List und Gewalt an der Arbeit gehindert worden, der Streik sei zu politischen Zwecken inszeniert worden, wie z. B. auch die neuste Nummer der „Metallarbeiterzeitung" schreibt:

„Von einem nach dem berühmten Muster gebildeten Zehnerausschuß wurde eine Funktionärsitzung einberufen, um vom Reichsbetriebsrätekongreß Bericht zu erstatten. Man war zufrieden, daß der Putsch nun so schön im Gange war, und so beschloß man kurzerhand den Generalstreik, vorerst für die Pfalz, später für das gesamte Deutschland und dann noch im Weltmaßstab, mündend in der siegreichen Weltrevolution. Aus allen möglichen Betrieben traten die bekannten Redner auf, um die Zustimmung ihrer Belegschaften zu verkünden, obwohl diese keine Ahnung von den Vorgängen hatten."

Die Arbeiterschaft wird sich fragen, wieso denn jetzt, in der Stunde, wo das Unternehmertum zu neuen entscheidenden Schlägen ausholt, diese fessellose Lügen- und Hetzkampagne geführt wird? Was ist der Zweck? Dieselbe „Metallarbeiterzeitung" gibt darauf Antwort mit folgenden Worten:

„Mit den Urhebern dieser Katastrophe wird ein sehr ernstes Wort noch gesprochen werden müssen. Soweit ist die Arbeiterbewegung noch nicht gesunken, daß jeder Lump ungestraft Verbrechen an den materiellen und ideellen Gütern der Arbeiterschaft begehen kann. Verantwortung, Treue und Ehrlichkeit hat jeden organisierten Arbeiter zu beseelen. Wer nicht über diese Gaben verfügt, oder wer glaubt, sie nicht anwenden zu brauchen im Umgang mit den eigenen Arbeitsbrüdern, hat nichts mehr in den Reihen aufrichtiger, ehrlicher Klassenkämpfer zu suchen."

Klar zeigen diese wenigen Sätze den Zweck der Uebung. Die Hauptvorstände planen den Ausschluß jener Gewerkschaftskollegen, die den dreieinhalbwöchigen heldenhaften Kampf der Anilinarbeiter unter Einsatz ihrer ganzen Existenz geleitet haben. Diese Ausschlußkampagne hat bereits begonnen.

In Ludwigshafen sind aus dem Verband der Maschinisten und Heizer sechs der besten, aufopferndsten und eifrigsten Kollegen ausgeschlossen worden. Zahlreiche Ausschlüsse auch in den anderen Verbänden sind geplant. Diese Ausschlüsse sind ein Verbrechen an der Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Nie und niemmer werden es sich die Ludwigshafener Arbeiter gefallen lassen, daß man die besten ihrer Kollegen gewerkschaftlich maßregelt.

Am Sonntag, dem 7. Januar, fand in Ludwigshafen die Delegiertenkonferenz des Fabrikarbeiterverbandes statt, die vollzählig besucht war. Die Delegierten erstatteten Bericht aus all den Hunderten von Orten in der Pfalz, Baden und Hessen, die Arbeiter nach den Anilinwerken entsenden. Mit einer einzigen Ausnahme stellten die Delegierten einmütig und übereinstimmend fest, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes durchaus gewillt seien, weiter in der Organisation zu bleiben, in ihr zu wirken, für sie zu werben, aber unter einer unumstößlichen Bedingung: daß mit den Verrätern reiner Tisch gemacht wird und daß das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder anerkannt wird.

Die Ablehnung der bisherigen Ludwigshafener Angestellten wurde bestätigt und drei neue Kollegen mit der Geschäftsführung beauftragt. Der eingeladene Hauptvorstand war nicht erschienen; es wurde daher an ihn ein Schreiben gerichtet, das den Willen der Fabrikarbeiter präzisiert.

Die Pfälzer Arbeiterschaft ist also einmütig entschlossen, alle Anschläge auf die Einheit der Gewerkschaften zurückzuweisen und die beabsichtigten Massenausschlüsse nicht zu dulden.

Die neuen Tarife der Buchdrucker und Hilfsarbeiter

In dieser Woche findet bei den Hilfsarbeitern und am 18. Januar bei den Buchdruckern die Urabstimmung über die neuen Tarife statt.

Auf materiellem Gebiete bringen die beiden Tarife neben erheblichen Verschlechterungen (beispielsweise in der Vergrößerung des Abstandes der einzelnen Lohnstaffeln) einige Verbesserungen, hauptsächlich aber solche, die nur gelegentlich einzelnen Kategorien zugute kommen (teilweise Erhöhung der Schichtzuschläge, Sonntagszuschläge u. a. m.).

Die Grundtendenz der beiden Tarife ist aber, daß sie unter geringfügiger Veränderung der materiellen Bestimmungen eine Neubildung der organisatorischen Grundlage des Tarifs bringen, die den Unternehmern die Vorbereitung eines großzügigen Angriffs auf die graphische Arbeiterschaft erleichtert. Die Streikabwürgebestimmungen der Schlichtungsordnung und die ADGB.-Streikregeln sind im Tarif „verankert". Der Einfluß des christlichen Gutenbergbundes, dieser aus dem Streikbruch im großen Buchdruckerstreik 1892 hervorgegangenen Organisation, ist gewaltig erhöht in den Tarifinstanzen. Er hat ein Viertel der Sitze, während seine Mitgliederzahl nur ein Fünfundzwanzigstel der deutschen Buchdrucker umfaßt und die übrigen Buchdrucker mit verschwindenden Ausnahmen im Verbande organisiert sind.

Das demokratische Mitbestimmungsrecht der Kollegen bei Festsetzung des Lohntarifs und bei der Zusammensetzung der Tarifinstanzen ist restlos beseitigt. Für die Lohntarife hat die Lohnkommission Vollmacht zum endgültigen Abschluß. Die Tarifinstanzen, die bisher aus Urwahlen hervorgingen, werden jetzt von den beiderseitigen Zentralinstanzen ernannt. Das ist die „Aufhebung der Tarifgemeinschaft", die den Buchdruckern vorgeredet wird. In Wirklichkeit hat man die bisherige immerhin demokratische Basis der Tarifgemeinschaft beseitigt, und die Zentralinstanzen der beiderseitigen Organisationen zu Trägern der Tarifgemeinschaft gemacht. Die Bezeichnung Tarifgemeinschaft ließ man fallen. Das wird die Buchdruckergehilfen aber nicht hindern, zu erkennen, daß die Tarifgemeinschaft nicht beseitigt, sondern nur in ihren Grundlagen für die Arbeiter verschlechtert ist.

Der Tarif der Hilfsarbeiter ist genau nach dem Schema des Buchdruckertarifs aufgebaut und enthält dieselben Knebelungsbestimmungen. Die vollkommene Loslösung des Hilfsarbeiter- vom Buchdruckertarif können die Prinzipale ebenfalls als Erfolg buchen. „Teile und herrsche". Die Ablehnung des Industrieverbandes durch die Buchdrucker bildete einen günstigen Boden für die Unternehmerabsicht, einen Teil der graphischen Arbeiterschaft bei Bedarf gegen den anderen auszuspielen.

Der besondere Tarif der Hilfsarbeiter hat aber trotzdem den Zustand nicht beseitigt, daß die Löhne der Hilfsarbeiter sich prozentual nach denen der Buchdrucker richten. Die Hilfsarbeiter schicken weiter nur eine Delegation in die Tarifverhandlungen der Buchdrucker, diese ist so schwach, daß sie der Ziffernstärke und Bedeutung des Hilfsarbeiterverbandes nicht entspricht.

Den Hilfsarbeiterführern scheint diese Eunuchenrolle sehr gut zu gefallen. Zweifellos kommen ihre Mandatgeber aber dabei zu kurz. Die einzig mögliche Regelung der Angelegenheit ist die Zusammenfassung der Hilfsarbeiter und Buchdrucker in einer Organisation, damit die Hilfsarbeiter innerhalb derselben einen ausreichenden Einfluß auf den für sie maßgebenden Buchdruckertarif erlangen. — Eine eingehende Würdigung aller einzelnen Teile der beiden Tarife findet sich in Nr. 1 des „Graphischen Blocks", die jetzt erschienen ist. Unsere Genossen im Buchdruckgewerbe müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um die Buchdrucker und Hilfsarbeiter über das Wesen ihrer neuen Tarife aufzuklären und deren Annahme durch die Urabstimmung zu verhindern. Dazu ist der „Graphische Block" unentbehrlich. Bestellungen sind zu richten: An die Zentrale der KPD., Abteilung Gewerkschaften, Berlin, Rosenthaler Straße 38.

Lumpereien

Wie die Ludwigshafener Zentralstreikleitung öffentlich mitteilt, heißt der in Wiesbaden festgenommene Schurke, der Streikgelder unterschlagen hat, Bauer. Als der Vorsitzende der Streikleitung der Ludwigshafener Maschinisten und Heizer wieder zur Arbeit ging, übertrug er Bauer die Auszahlung von 235 000 Mark Streikgelder, die er bis auf 85 000 Mark, die ihm abgenommen wurden, verpraßt hat. Verloren gingen also der Streikenden 150 000 Mark. Weitere Unregelmäßigkeiten, von denen die VSPD.-Presse Gerüchte verbreitet, sind nicht vorgekommen. Bauer ist nicht Mitglied der KPD.

Bei der Kassenrevision im Metallarbeiterverband Warnemünde am 17. Dezember 1922 wurde festgestellt, daß der Kassierer Kruse, ein Anhänger der VSPD., 75 049 Mark unterschlagen hatte.

Vor kurzem haben Angestellte des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in Lübeck eine Unterschlagung begangen, durch die die Verbandskasse um viele Tausende geschädigt worden ist.

Vom Tage

Sogar Schiffe werden verschoben

Die Zunft der Schieber macht ihr Geschäft auf allen Gebieten. Wenn es einen Riesenprofit zu ergaunern gilt, ist für diese Profithyänen keine Schwierigkeit unüberwindbar. In Hamburg wurde jetzt festgestellt, daß ein ganz gerissener Millionenschlucker sein Geschäft sogar im Verschieben von Schiffen zu machen versteht. Das ging so zu: Ein Amerikaner wollte ein deutsches Motorschiff kaufen. Der Kauf scheiterte, weil die Außenhandelsstelle eine zu hohe Abgabe forderte. Daraufhin schob der Schiffsmakler Böttler die Sache so, daß er einen deutschen Käufer vorschob, der mit dem Gelde des Amerikaners den Kauf abschloß und das Schiff dann für lange Zeit an diesen auf Charter abgab. — Der Schiffsmakler Böttler ist nach Kriegsende ohne Vermögen nach Hamburg gekommen. Heute ist er Besitzer von drei eigenen Schiffen, drei Luxusautos und verfügt obendrein noch über ein Bankkonto von über 84 Millionen Mark! Er wohnt unangemeldet in Hamburg und hat Steuern bis jetzt überhaupt noch nicht bezahlt. — Da sage noch einer, die deutsche Republik sei kein Schieberparadies!

Alle Weltrekorde durch einen französischen Flieger geschlagen. Der französische Flieger Toret flog mit einem gewöhnlichen Flugzeuge über die Anhöhe von Bluet, stellte den Motor ab und landete mit Benützung der Luftströmungen im Gleitfluge nach 7 Stunden 3 Minuten. Er schlug hiermit alle Weltrekorde.

Durch Feuer vernichtetes Schiff. Der Transportdampfer Tourville meldet, er habe den größten Teil der überlebenden Mannschaft des Schiffes Minh Long, das durch Feuersbrunst zerstört worden sei, an Bord genommen, um sie nach Toulon zu bringen.

Gegen Stinnespolitik – proletarische Finanzpolitik

Wie soll eine Arbeiterregierung Finanzpolitik treiben?

Der Abbruch der Pariser Konferenz bringt die Cuno-Regierung in eine Reparationskrise, die zu lösen sie unfähig ist. Einen Teil dieser Krise macht die Finanzkrise aus. Es ist schon heute vorauszusehen, daß die VSPD. im letzten Augenblick als Retterin des Vaterlandes auftreten wird, d. h., daß um den 15. Januar herum die Frage der Großen Koalition wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Deshalb ist es nötig, wieder zurückzugreifen auf das Programm des Reichsbetriebsrätekongresses, der diese Krise vorausah und ein proletarisches Aktionsprogramm aufstellte.

Die gegenwärtige Krise ist eine Wirtschaftskrise und eine Finanzkrise. Beide Seiten dieser Gesamtkrise hängen zusammen. Diese Gesamtkrise kann, wie wir Kommunisten immer und immer wiederholen, mit kapitalistischen Mitteln nicht behoben werden. Daß wir keine nicht Zukunftsträume träumen und ausmalen, zeigt nicht nur die Entwicklung, sondern zeigt jede ernsthafte Ueberlegung ernsthafter Arbeiter. Der Reichsbetriebsrätekongreß hat nun in seinem Programm neben bestimmten wirtschaftlichen Maßnahmen auch ein Finanzprogramm skizziert.

Die letzte Regierung doktorte hauptsächlich herum an einer Stabilisierung des Markkurses. Es war von vornherein klar, daß ihre Erfolge nur negativ sein konnten. Denn abgesehen davon, daß die Markentwertung durch den Stand der deutschen Wirtschaft bedingt ist, nicht umgekehrt, hat die Wirth-Regierung selbst auf rein bank- und börsentechnischem Gebiet nichts gegen die Valutaspekulationen der großen Schieber getan, ebensowenig wie die Cuno-Regierung hier etwas tun kann; denn diese Regierung ist, wie die Wirth-Regierung es war, durchaus abhängig eben von diesen großen Schiebern, den Großbankiers, den Großexporteuren und den Großindustriellen.

Der Reichsbetriebsrätekongreß hat gezeigt, was zu tun ist, wenn man eine Markstabilisierung „an sich" anstrebt: „Beschlagnahme aller Devisen und strenges Verbot des Devisenhandels, Beschlagnahme aller Auslandsguthaben, Beschlagnahme aller dynastischen Vermögen" — so lautet die erste der Finanzforderungen des Programms einer Arbeiter-Regierung, wie es der Reichsbetriebsrätekongreß aufgestellt hat. Aber diese Forderung hängt in der Luft, wenn nicht die technischen Durchführungsmaßnahmen sofort genannt werden. Diese lauten in dem Programm: „Staatliche zentrale Zusammenfassung aller Banken, Kontrolle aller Finanzoperationen durch Staatsorgane von oben und Bankangestellenräte von unten."

Die Angestellten der Banken, Handelskontore, Devisenzentralen müssen schon jetzt aller Welt zeigen, welcher Art die famosen Devisengeschäfte der Industriegewaltigen, der Handelskönige und der Börsenjobber sind. Die Geheimnisse der Devisenabteilungen der Großbanken, der Effektenkassen, der Stückkonten der heutigen Beherrscher Deutschlands müssen ans Tageslicht, damit der einfachste Mann und die einfachste Frau sehen können, **wie die Mark systematisch ruiniert wird, soweit das in den Kräften der „Interessenten" steht, wie Kapital ins Ausland verschoben wird, wie Devisen zu Spekulationszwecken gehamstert und auf die hohe Kante gelegt werden.**

Aber diese Maßnahmen allein werden nicht ausreichen. Es muß noch eine neue Steuergesetzgebung eingeführt werden, und das Programm des Reichsbetriebsrätekongresses steht eine solche vor in seinem Punkte: „Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuersystems: Abschaffung aller indirekten Steuern. Alleinige Besteuerung des den Existenzbedarf übersteigenden Einkommens und Vermögens. Erhebung dieser Steuern bei den Großproduzenten von Getreide, Kohle und Eisen auch in Naturalform zur Sicherung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung.

Welche Aufgaben sind damit für die unmittelbare Gegenwart formuliert? Nun, wiederum können die Angestellten die merkwürdigen Steuergeheimnisse der „patriotischen" Unternehmer sofort ans Tageslicht zerren. Nicht nur die Geheimnisse der seltsamen Bilanzen, aus denen kein Mensch klug werden kann, auch nicht die Steuerbehörde, sondern auch das offenbare Geheimnis: **wie lange die Unternehmer, alle, keine Steuern gezahlt haben, und wie sie, Jahre später, dieselben „Summen" in hundertfach entwertetes Papiermark zahlen, die sie vor Jahren, als das Geld ganz anderen Wert hatte, hätten zahlen sollen.** Dem Programm des Reichsbetriebsrätekongresses hätte auch die Bestimmung zugefügt werden sollen, **daß alle Steuern sofort einzuziehen sind, multipliziert mit einem hohen Entwertungsfaktor** (also z. B. 500 Mk., die im Jahre 1920 hätten gezahlt werden müssen, werden zu 5 000 000 Mark im Jahre 1923; 500 Mark aus dem Ende des Jahres 1921 zu 500 000 Mark im Anfang des Jahres 1923 und bei Verzug von je einem Monat wächst der Faktor auf das zehnfache, bei Verzug von drei Monaten wird das gesamte Vermögen beschlagnahmt).

Es ist klar, daß zu solchen Maßnahmen **nur eine Arbeiter-Regierung greifen wird. Es ist aber ebenso klar, daß nur solche Maßnahmen eine Besserung der Staatsfinanzen ermöglichen.**

Die Sozialdemokraten haben seinerzeit ihre eigene Forderung der Erfassung der Sachwerte für die Wassersuppe einer Zwangsanleihe fallen gelassen. Nun wohl, so mögen sie gefälligst für deren Durchführung sorgen. Und damit sie unterstützt werden, können die Angestellten der Banken und der Kassenverwaltungen der Großwerke aller Welt mitteilen, wieviel eigentlich die „patriotischen" Unternehmer schon ihrem Vaterlande geliehen haben, und welchen Zwang dieses bankrotte Vaterland denn eigentlich anwendet, um sich von seinen patriotischen und besitzenden „Stützen" (den „staatserhaltenden Kreisen") vor dem Bankrott retten zu lassen.

Das Finanzprogramm des Reichsbetriebsrätekongresses **bietet eine Menge von Gegenwartsaufgaben** für die Betriebs- und Angestelltenräte, und es ist Aufgabe der Kontrollausschüsse, die werktätigen Massen nicht nur für die Aufgaben der Arbeiter-Regierung, sondern auch für diese Gegenwartsaufgaben der rücksichtslosen Aufdeckung der Finanzgeheimnisse zu mobilisieren.

Aus der Provinz

Wohnungselend

Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage. **Für die besitzenden** Schichten besteht sie nicht, wenigstens nicht im Sinne eines Notzustandes. Für die Bourgeoisie gab es früher und gibt es auch jetzt keine Wohnungsnot, während sie für das Proletariat zu einem unerträglichen Elend geworden ist. Schon vor dem Kriege wohnten die Arbeiter, die schöne Villen und Paläste bauten und wunderbare Wohnungseinrichtungen herstellten, mit ihren Familien in schlechten und nur primitiv eingerichteten Räumen, während die Kapitalisten prachtvolle, geräumige Wohnungen benutzen konnten. Heute aber liegen die Dinge noch schlimmer. Die Arbeiter müssen oft Jahr und Tag warten, ehe ihnen überhaupt elende Löcher zum Wohnen angewiesen werden, und dann sind sie, wenn es Eheleute sind, nicht in der Lage, sich auch nur die allerbescheidenste Einrichtung für eine Stube und Küche anschaffen zu können. Holzarbeiter verdienen nicht so viel, um einige von den schönen Möbeln, die sie für die Kapitalisten herstellen müssen, kaufen zu können. Anstreicher, die die Wohnräume in Villen und herrschaftlichen Häusern aufs prächtigste herrichten mit ihrer Kunst und mit ihrer Arbeit, sie können für die Instandsetzung ihrer eigenen Wohnungen weder Farbe, noch Tapete, noch Handwerkszeug kaufen, und viele Maurer, die in jahrelanger, schwerer Arbeit schon Hunderte von Häusern und Wohnungen mit ihren Arbeitskollegen aufgebaut haben, sie besitzen keine Wohnung, sie hausen irgendwo in einer Ecke in schon überfüllten Räumen. Aber außer diesen Proletariern fehlt auch den anderen Millionen, die alle Güter der Erde schaffen, ein Dach über dem Kopfe.

Und ist es wirklich so schlimm mit der Wohnungsnot in Deutschland? Sind wirklich so wenig bewohnbare Räume vorhanden, daß sich das Proletariat zu Hunderten und Tausenden in dumpfen, lichtlosen Mietskasernen zusammenpferchen lassen muß, daß es sich und seine Kinder in ungesunden Räumen in Krankheit und zu Tode martern lassen muß? O nein, es sind auch jetzt, trotz der geringen Bautätigkeit der letzten Jahre, noch so viele unbewohnte oder zu Luxuszwecken ausgestattete Räume in Deutschland vorhanden, daß eine ganze Anzahl Arbeiter mit ihren Familien genügenden Raum erhalten könnten, wenn man nur die zur Verfügung stehenden Wohnungen gerecht verteilen würde. Aber noch immer besitzen die Angehörigen der herrschenden Klasse, Schieber und Wucherer, die noch niemals irgendeine nützliche Arbeit verrichtet haben, übergroße Wohnungen. Sie bewohnen 10 bis 20 Räume, ja ganze Häuser mit ihren Familien, einzelne Leute verfügen über 6 bis 10, ja mehr Zimmer, während Proletarierfamilien von 6 bis 10 Köpfen in einem stallähnlichen Raum hausen müssen. In Berlin allein hausen 600 000 Menschen zu vieren in einem Zimmer. Und die Wohnungsnot steigt mehr und mehr. Im Oktober 1920 wurde die amtlich ermittelte Zahl der fehlenden Wohnungen auf 800 000 angegeben. Im Oktober 1922 hatte sich die Zahl verdoppelt. Nach Angaben der Zeitschrift „Baumelt" sind für Dezember 1922 insgesamt nur 456 Baugesuche eingegangen. Gegenüber Dezember 1921 ist die Bautätigkeit auf ein Achtel gesunken. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Neubauten für gewerbliche Zwecke, besonders Banken, benutzt wird. Arbeiterwohnungen werden fast gar nicht mehr errichtet. Der Wohnungsbau erscheint dem Kapital nicht profitabel genug; beim Spekulieren mit Devisen, mit Industrieaktien verdient man mehr. Darum also müssen die Proletarier in den unhygienischen Löchern verkommen, darum müssen die Kinder von mörderischen Seuchen dahingerafft werden, darum gehen Tausende und Zehntausende von Proletariern mit ihren Kindern frühzeitig zugrunde, weil der raffgierige Kapitalismus ihnen sogar das bischen Wohnung und Licht und Luft vorenthält, dessen sie bedürfen.

Diesen Zustand sollten die Arbeiter nicht länger stillschweigend und duldend ertragen. Besonders die Frauen, die Mütter der proletarischen Kinder, sollten sich auflehnen gegen diese menschenunwürdigen Verhältnisse. Durch die Betriebsräte sollten die Frauen die elenden Wohnungsverhältnisse feststellen lassen und in die Oeffentlichkeit bringen. Ueberall, vor den Behörden, in den Stadtverordnetenversammlungen, besonders aber auch in den Kontrollausschüssen, sollten die Forderungen in bezug auf die Wohnungsfrage gestellt und durchgesetzt werden, die da lauten: Keine Luxuswohnung! Kein Volksgenosse sollte mehr als ein Zimmer haben, solange noch Proletarier ohne Obdach sind. Ohne Rücksicht auf private Interessen sollte der Wohnungsbau vom Reich auf Kosten der Besitzenden nach dem vorhandenen Bedürfnis durchgeführt werden! Nur durch die organisierte Selbsthilfe des Proletariats kann die Wohnungsnot beseitigt werden. Die gesamte Herstellung, der Verkauf und Verbrauch aller Baumaterialien, wie Zement, Ziegelsteine, Holz, Glas, Möbel usw. sollte vom Reich übernommen werden, um diese Waren der Profitmacherei der Privatindustrie zu entziehen und sie dadurch auf einem erschwinglichen Preisniveau zu halten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230110-12/fragment/page=0003

Schiedsspruch für das Baugewerbe

Die Unternehmer lehnen ab

Das Bezirkslohnamt für das Baugewerbe der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Als Spitzenlohn für den Monat Januar wird festgesetzt für die Zeit vom 1. bis 15. Januar 430 Mk., für die Zeit vom 16. bis 31. Januar 450 Mk Die Berechnung der Löhne für die einzelnen Arbeitergruppen geschieht nach den im Tarifvertrag aufgestellten Grundsätzen. Der bei der Berechnung sich ergebene Lohn wird auf volle Mark noch oben abgerundet
2. Die Spanne zwischen den einzelnen Lohnklassen beträgt: Klasse 1 zu 2: 2 Prozent, Klasse 1 zu 3: 6 Prozent, Klasse 1 zu 4: 10 Prozent. Im übrigen verbleibt es bezüglich der Ortseingliederung in den einzelnen Lohnklassen bei dem Schiedsspruch vom 4. November.
3. Neue Verhandlungen können stattfinden, wenn eine wesentliche Aenderung in den Lebensverhältnissen eintritt.
4. Erklärungsfrist bis 6. Januar 1923, mittags 1 Uhr.

Die Tarifgemeinschaft der Unternehmerverbände konnte sich innerhalb der Erklärungsfrist nicht entschließen und nahm sich das Recht heraus, eine definitive Erklärung bis Montag abend 6 Uhr abzugeben. Die Erklärung lautete dann ablehnend. Der Grund der Ablehnung soll im 3. Punkt des Schiedsspruchs liegen. Die Unternehmen wollen künftig keine Zulagen mehr geben, trotzdem der Dollar erneut stark steigt und die Teuerung rapid weiterschreitet Die Bauarbeiter werden die Unternehmer zur Anerkennung des Schiedsspruches zwingen müssen. Oder beliebt den Herrschaften der Kampf? Die Bauarbeiter sind bereit.

Schkeuditz. Der erste weibliche Schöffe. Bei der letzten Schöffengerichtsverhandlung amtierte zum ersten Male eine Frau als Schöffe. Es kamen nur kleinere Sachen zur Verhandlung.

Schkeuditz. Aus der Partei. Die am Freitag, dem 5. Januar, im „Lindenhof" stattgefundene Generalversammlung wies einen sehr guten Besuch auf. Nach der Neuwahl gaben die einzelnen Funktionäre ihren Jahresbericht. Aufgenommen wurden sechs neue Genossen. Erfreulicherweise stellen wir fest, daß unser „bedeutungsloses Grüppchen", wie uns unsere Gegner hinstellen, immer weitere Fortschritte macht. Besonders hervorgehoben werden muß die Sammeltätigkeit der Schkeuditzer Arbeiterschaft für die Pfälzer Streikenden; nahezu 130 000 Mark sind gesammelt worden. Allen Genossen empfehlen wir den Besuch der Liebknechtfeier, welche im „Landhaus" zu Papitz stattfindet und an der die Schkeuditzer, Wehlitzer, Papitzer und Modelwitzer Arbeiterschaft teilnimmt.

— Sammlungen für Ludwigshafen. Karl Schmiedtchen, Gröbers, 27,10 Mk.; Liste 48: von den Zimmerern der Firma Pulsfort 470 Mk.; Liste 44: von der Margarinefabrik Held 1600 Mark; von Otto Hochbach 100 Mk.; von Robert Engelmann 100 Mark; von Karl Beyer 200 Mk.; von Luise Beyer 200 Mk.; von Albert Kuntsche 200 Mk.; Liste 60: Umbau Friedrich Schulze 1500 Mk.; Firma K. Nagel, Kürschnerei, 4350 Mk.; Liste 49: Baustelle Heilpern 3100 Mk.; Liste 54: Baustelle Heilpern 2500 Mk.; Malzfabrik Schkeuditz 980 Mk.; Summa 18 010 Mk.

Delitzsch. Aus der Partei. Am Sonnabend, dem 13. Januar, findet eine Mitgliederversammlung statt. Als Referent erscheint Genosse Schumann (Halle). Auf der Tagesordnung steht auch die Neuwahl des Vorstandes. Alle Genossen müssen erscheinen.

Sandersdorf. Ein Kleber. Der März 1921 brachte Klarheit über so manche „Kommunisten", die sich sonst so sehr als Schreier betätigt hatten und dann zusammenklappten. Auch unser Schneiderlein Freiheit war ein ganz „konsequenter" Kommunist, in dem man einen besonders tüchtigen, zuverlässigen Genossen glaubte erblicken zu können. Gerüchtweise verlautete dann, er sei nach dem März 1921 im Kriechverein untergekrochen. Als er zur Verantwortung gezogen werden sollte, zog er es vor, vor der Parteiinstanz nicht zu erscheinen. Er gab damit seine Verfehlung zu. Aufgefordert, nunmehr sein Mandat als Kreistagsabgeordneter niederzulegen, lehnte er ab mit der Ausrede, er betrachte sich als zur Gruppe Levi gehörig. Freiheit fehlte aber wiederholt in den Kreistagssitzungen, auch in der letzten Sitzung war er nicht anwesend. In dieser Sitzung wurde bei einer Kommissionswahl von der VSPD. erklärt, daß Freiheit beabsichtige, sich ihrer Fraktion anzuschließen. Es handelte sich dabei um die Feststellung der Fraktionsstärke. Es muß nun Klarheit geschaffen werden. Freiheit hat seinerzeit sein Wort gegeben und durch Unterschrift bekräftigt, das Mandat auf Anfordern der Partei zurückzugeben. Will er nun sein Wort einlösen? Wir hoffen, daß er noch soviel Anstand hat und sein Mandat in die Hände derer zurückgibt, aus denen er es empfangen hat. Oder will er tatsächlich zur VSPD. flüchten? Dann dieser unser herzlichstes Beileid!

Spende

59. Quittung

500 000 Mark Autospende!

Wie aus der heutigen Quittung über die Autospende zu ersehen ist, haben die Sammelergebnisse den Betrag von einer halben Million Mark überschritten. Eine sehr nette Summe, die die Arbeiter unseres Bezirks in kurzer Zeit aufgebracht haben. In den letzten Wochen hatte die Sammlungstätigkeit etwas nachgelassen, was aber erklärlich scheint im Hinblick auf die anderen Sammlungen, die notwendig und dringend waren Millionenbeträge wurden für Ludwigshafen gesammelt, daneben große Beträge noch für Rote Hilfe und Rußland-Hilfe Unsere Arbeiterschaft hat also ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan.

Die Sammlungen für die Autospende werden mit Ende Januar eingestellt. Wer also für diesen Zweck noch keinen Beitrag abgeführt hat, der hat bis dorthin Gelegenheit, seiner Pflicht zu genügen. In kurzer Zeit wird das „Klassenkampf"-Auto auf der Bildfläche erscheinen und die Genossen mahnend fragen: Hast Du auch etwas für mich getan? Wer dieser Frage aus dem Wege gehen will, der beeile sich und zeichne jetzt noch einen Betrag für die Autospende.

58. Quittung	502 482,60
Ges. d. Gen. Radek am Weihnachtsabend b. Gen. Wende, Freyburg	500,—
Liste 533 von Wegewitz	490,—
Genosse Claus, Halle	100,—
Vier Weißenfelser Genossen	285,—
Rußland durch Gen. Claus, Halle	200,—
Frau Friedrich, Weißenfels	150,—
Hugo Braun, Bitterfeld	100,—
Transport	504 507,60

Transport	504 507,60
Erich Schleußner, Weißenfels	100,—
Walter Grau, Weißenfels	100,—
E. K., Z.	100,—
Otto Spitzer, Wallhausen	100,—
Gebhardt, Ramsin	100,—
Kurt Fischer, Dieskau	100,—
Kurt Jahn, "	100,—
Geißler, Teuchern	50,—
Summa	505 257,60

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Die Kommunistin Nr. 1 ist erschienen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Sitzung d. Bezirks-Arbeitsausschusses zwischen Partei und Union Donnerstag, 11. Januar, abds. 7 Uhr, in der „Prod.-Gen.", Zimmer 6.

Kontrollausschuß. Freitag, abends 7 Uhr: **Sitzung.**

Kommunistische Maler und Lackierer. Sonnabend, 13. Jan., abds. 8 Uhr, in der „Produktiv": **Fraktionssitzung.**

Fraktion der Zimmerer Donnerstag abend 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (Harz 42/44), im Bureau Zimmer 10) **Sitzung aller Funktionäre.**

Fraktion der Fabrikarbeiter. Freitag, abds 6 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": **Sitzung.**

Stadtbezirk Halle-Nord (Distrikte 16, 17, 18, 19, 20). Donnerstag, 11 Jan., abds 7½ Uhr, im „Volkspark": **Versammlung.** Anschließend: **Distriktsversammlung.** — Die Funktionäre des 16. Distrikts treffen sich Donnerstag ½ Stunde vor Beginn der kombinierten Sitzung im „Volkspark" zum Empfang der neuen Mitgliedsbücher.

Funktionäre der Distrikte 5, 6, 7, 7a und 21. Donnerstag, 11. Jan., abds 7½ Uhr, in der „Prod.-Genossensch.": **Versammlung.** Distriktsführer eine halbe Stunde früher.

Funktionäre der Distrikte 8, 9, 9a u. 10. Donnerstag, d. 11. Jan., abends 7½ Uhr, in „Loests Hof", Merseburger Straße: **Versammlung.** Referent zur Stelle.

Funktionäre der Distrikte 11, 12, 13, 13a u. 22. Donnerstag, 11. Januar, abends 7½ Uhr, bei Thate, Berliner Straße: **Versammlung.**

Donnerstag, 11. Januar, **Distriktsversammlungen aller Distrikte,** die die fälligen Distriktsversammlungen noch nicht abhalten konnten, in ihren Distriktslokalen.

Halle-Saalkreis.

Sennewitz. Freitag, 12 Januar, abds. 7½ Uhr, in der Neuen Schule: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Donnerstag, 11. Januar, abends 8 Uhr, im Hätzerschen Lokal: **Mitglieder-Versammlung.**

Zschornewitz Donnerstag, 11. Januar, abends 7 Uhr, im „Koloniegasthof" **Mitglieder-Versammlung.**

Gräfenhainichen. Freitag, 12. Jan., abends 7½ Uhr, im Konf.-Zimmer der Turnhalle: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Torgau.

Distrikt Schildau. Sonnabend, 13. Jan. abds 8 Uhr, in Gruppes Restaurant in Kobershain: **Generalversammlung** Die Mitglieder aller Orte, die zum Distrikt gehören, müssen unbedingt vertreten sein.

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Freitag, 12. Jan., abds. 7 Uhr, bei Freudenberg: **Generalversammlung.**

Kreis Merseburg.

Merseburg. Freitag, 10. Jan., abds. 7½ Uhr, in der „Funkenburg": **Liebknechtfeier.** Ref. Genosse Bernhard Koenen, Merseburg.

Kreis Weißenfels.

Markwerben. Freitag, 12 Jan., abds 7½ Uhr im Gasthof Scholz öffentl. **Versammlung.** Ref. Gen. Schippa

Kreis Sangerhausen.

Sangerhausen. Heute, Mittwoch, den 10. Jan., abds 8 Uhr, in der Bierhalle: **Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Persil bleibt Persil

in alter bewährter Güte!

Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert. **geeignet für alle Arten von Wäsche.** Niemals lose! Nur in Originalpackung!

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO" (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda). 25*

Jugendschriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Donnerstag und Freitag:

Schlußtage des Inventur-Ausverkaufes

An diesen beiden Tagen kommen die **Restbestände** der zum **Inventur-Ausverkauf** gestellten Waren zu bedeutend **ermäßigten Preisen zum Verkauf.**

84 Vorhanden sind noch:

Bettbezüge zu 4250—10 500 Mk., Damenhemden zu 1650—2700 Mk., Beinkleider 950—1850 Mk., Untertaillen 375—950 Mk., Handtücher 450—950 Mk., Taschentücher 75—250 Mk., Herren- u. Frauen-Barchenthemden, Normalhemden, Hosen, Einsatzhemden, Strickwesten, Herrensocken 395 Mk., Inletts, Schlafdecken, Blusenreste usw.

Vorzeiger dieses erhalten trotz der billigen Preise noch 5 Proz. Rabatt.

Martin Rosenthal, Schmeerstraße 5, 1 Treppe.

Pelikan-Caramelbier

ist reich an Extrakt und Nährstoffen, wirkt nie berauschend oder ermüdend, ist allen, denen an der Erhaltung und planmäßigen Auffrischung der Kräfte gelegen ist, dringend zum täglichen Genuß zu empfehlen. 5

Man achte beim Einkauf auf die Schutzmarke Pelikan!

„Drei Könige".

Stürmischen Beifall erzielt jeden Abend

Sill

mit seinen neuen Künstlern.

Jeden Mittwoch: 94

Kabarett und Ball.

Stadt-Theater.

Nacht-Vorstellung.

Sonnabend, den 13. Januar, abends 11¼ Uhr,

Sensationelles Ensemble-Gastspiel.

Nur einmalige Aufführung:

Die ersten Menschen.

Mysterium der Liebe von O. Borngräber. 86

Stadt-Theater

Donnerstag, abends 7½ Uhr: **Maria Stuart**

Freitag: 85 **Der Wildschütz.**

Werbt für den „Klassenkampf".

Gold- und Silberbruch

sowie sonstige Gegenstände **Uhren, Ketten, Ringe, Löffel, alte Zahngebisse** kauft laufend

Lichtenstein, Steinweg 25.

Ausweis erforderlich. 92

Sind **Geschlechtsleiden** aller Art, auch in veralt. Fällen, o. Salvars. u. Quecksilbereinspr. heilbar? Tausende v. Geheilt lief. Ihnen den Beweis. Verl. Sie meinen Ratgeber über Haut- u. Geschlechtsleiden, Ent u. Heilung mit viel. Dankschreib. v. Geheilt. durch **Timms Kräuterkuren** o. Berufsstör. Erfolge durch Blutuntersuch. best. Versand diskret gegen Voreinsendung von 47 Mk **Dr. T. P. Raneiser,** med. Verlag, **Hannover,** Odeonstraße 3 *8

Fußbälle

Spezialität: 6 **Marke „Salzgraf"** pa. Panzer-Kernchromled. anerkannt erstklassig

Jungmann-Bälle

Sportgerechte **Fußballstiefel, Jugendstiefel.** Solide Ware. **Große Auswahl.**

J. Schärer & Cie. Halle (Saale) Gr. Ulrichstraße 40 (Eing. Kaulenberg)

Tafelwagen, gut erhalten, bis 10 Zentner Tragkraft, **zu kaufen gesucht.** Angebote unter **Kl. 91** an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14, erbeten.

Eisleben.

Eisleber Lichtspiele.

Dienstag bis Donnerstag: Hilde Wolter in:

Eine Notheirat.

Pikantes Ausstattungs-Lustspiel in 4 Akten.

Fesseln der Lüge.

Packendes Gesellschafts- u. Sittendrama in 6 Akten 34

Kaufe laufend Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere **Rohprodukte** 93

P. Günther Grasweg Nr. 8.

Tel. 6130. Tel. 6130.

Platin- Gold- Silber- Bruch 71

Zahngebisse Brillanten kauft z. reell. Preis

Willi Meyer, Gr. Märkerstr. 3, II. Geöffnet 7 b. 9 Uhr

Schokoladen Zuckerwaren usw. 7 kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b. **Bachran & Co.,** **Markt 6,** gegenüber Börse.

Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Unzeigenützige, kostenlose Beratung und Taxierung sowie Ankauf zu wirklich reellen Preisen in **Gold-, Silber-, Platin-Bruch** durch 90 Edelmetall-Verwertungsstelle **A. Föllner,** Reilstr., gegenüber Kaserne, Gr. Ulrichstr. 37, 2 Treppen. Merseburger Straße 24, part.

Luxussteuerfrei! Luxussteuerfrei!

Die Baugewerkschaft Halle des Deutschen Baugewerksbundes sucht zum **15. Februar** einen 87

dritten Angestellten.

Bewerber müssen mindestens 10 Jahre dem Deutschen Bauarbeiterverband angehören, sie müssen rednerisch und agitatorisch befähigt und mit den Kassen- und Verwaltungsgeschäften vertraut sein Bewerbungen sind in doppelter Ausfertigung mit handschriftlich selbstgeschriebenem, kurzem Lebenslauf, einem Aufsatz über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten und über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung spätestens bis zum **25. Januar** mit der Aufschrift „Bewerbung" einzusenden an **Theodor Brauns,** Halle, Harz 42/44, Zimmer 8/9. Es können nur solche Bewerber berücksichtigt werden, die ihren Wohnsitz im Bereich der Baugewerkschaft (Bezirksverein) Halle haben.

Das Gesicht d. herrschenden Klasse.

Polit. Zeichnungen von **George Groß.**

Prod.-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H.

Abteilung: **Bez.-Zentralbuchhandlung Halle (Saale),** Lerchenfeldstraße 14

Gummi-Bieder Mäntel-Schläuche nur Gr. Steinstr. 35. 23

Nähmaschinen in unübertroff. Güte Auf Wunsch Teilzahlung. 91

Karl Möller, Schmeerstr. 1.

Kauft nur bei den **„Klassenkampf"-Inserenten.**

Denkt an die „Rote Hilfe".

Schlafzimmer auch einzelne Schlafzimmermöbel. **Küchen** in weiß grau und gelb verkauft noch äußerst preiswert 89

Max Jungblut, Albrechtstraße 37.

Blankenheim.

Ich sage allen meinen „Klassenkampf"-Lesern, die meinen Sohn zum Neujahr so reichlich beschenkt, meinen besten Dank. 35

Otto Preuße.

Werbt für den Klassenkampf

Wittenberg

Plötzlich und unerwartet verschied mein lieber Mann, unser treusorgend. Vater u. Großvater, der **Werkmstr.**

Hermann Günther.

In tiefem Weh: 37

Anna Günther, nebst Kinder, Coswiger Straße 23.

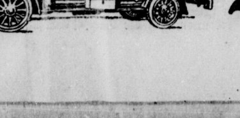
Beerdigung findet Freitag, nachm 3½ Uhr, v. d. Friedhofskapelle statt.

Singernähmaschine (Rundschiff), **Küchenschrank, eintüriger Kleiderschrank, Sofa, eichener Waschtisch m. Marmorplatte, Vertiko, Ausziehtisch, Regulator, furn. Kommode, Küchentisch, Mahagoni-Salontisch** u. a. m. billig zu verkaufen

Gelegenheitskäufe, Bernburger Straße 22.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Mit dem 31. Januar läuft die Spende ab



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230110-12/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Halle, den 10. Januar 1923.

Nach dem Faszistensonntag

Nachlese

Die trotz des Verbots und trotz des großen Sipoaufgebots durchgeführte Faszistendemonstration hat die monarchistischen Blätter ganz aus dem Häuschen gebracht. Die deutschvölkische „Hallesche Zeitung“ und die Stinnesche „Allgemeine Zeitung“ verwenden je zwei Seiten, um diesen Triumph über die hallische Polizei genügend zu „würdigen“. Was sich diese beiden Blätter dabei an geschwollenen Phrasen, an Lügen und Verdrehungen, an Verleumdungen und Drohungen leisten, dürfte kaum noch überboten werden. Für die „Hallesche Zeitung“ ist ein „denkwürdiger Tag in der nachrevolutionären Geschichte des hallischen Bürgertums vorüber“. Das Blatt lügt frech seine Leser an, daß am Sonntag „das Bürgertum ohne Unterschied der Partei zusammengestanden“ hatte. „Die tiefen Gegensätze der Parteien waren mit einem Schlage überbrückt und es scheint, als wenn nun von neuer Plattform aus ein besseres Verständnis und ein gutes Zusammenarbeiten gegen den gemeinsamen Feind anbrechen sollen.“ Zunächst einmal sei hierzu festgestellt, daß die Demokraten, die den Rummel bisher mitgemacht hatten, am Sonntag nicht teilgenommen haben. Wahrscheinlich haben sie sich doch noch in letzter Minute darauf besonnen, daß sie eigentlich Republikaner sein wollen und darum auch mit dieser nationalistischen Kundgebung nichts zu tun haben können. Und die anderen Teilnehmer dieser Kundgebung? Verblödete Studentenfratzen, gemeingefährliches Orgeschgesindel, uniformierte Frontkämpfer, zumeist ganz windige Burschen und 14- bis 16jährige Lümmels. Das war das gesamte hallische Bürgertum ohne Unterschied der Partei! Von hallischen Bürgern aber war nichts zu sehen. Diese haben es wahrscheinlich aus leicht erklärlichen Gründen abgelehnt, mit diesen blutgierigen Mordgesellen Bekanntschaft zu machen, obwohl sie ihrer sehr notwendig bedürfen. Vielleicht wären sie am „Heldendenkmal“ erschienen, wenn „Dölz-Runge als Sozialisten“ die Kundgebung nicht verboten hätten ...

Eine viel schärfere Sprache führt das Organ Stinnes', die „Allgemeine Zeitung“. Diesmal ruft der Federheld in einem Artikel dem „organisierten Lattchertum“ und dem „johlenden Pöbelhaufen“ zu: „Das Maß ist voll!“ Es heißt da u. a.:

„Das Bürgertum von Halle hat sich aufgerafft und hat gestern hinter wehenden Fahnen seinen Willen auf den Straßen kundgetragen. Und wenn auch bedauerlicherweise immer noch eine bürgerliche Partei in Halle vorhanden ist, die glaubt, ihre „offizielle“ Teilnahme an einer derartigen Kundgebung gegen die Schändung ehrwürdigster Denkstätten durch das Stirnrunzeln eines sozialdemokratischen Polizeipräsidiums beeinflussen lassen zu müssen, so darf man doch sagen, daß gestern zum ersten Male diese Front über den Parteien hergestellt war. Und wer dieser Kundgebung beigewohnt hat, der wird den Eindruck bestätigen müssen, daß hier nicht ein leerer Protest starker Worte zustande kam, sondern, daß hinter den kraftvollen Ansprachen der Parteivertreter ein machtvoller Wille stand, der zu Entschluß bereit ist. Was die Versammelten im Angesicht der herrlichen Führer einer großen Erinnerung stehend und entblößten Hauptes sangen: Er läßt von den Schlechten nicht die Guten knechten —, das soll ein Wort sein. Die Zeit, daß eine ehrliche, heilige Entrüstung durch die roten Organisationen und ihre Schleppenträger verboten wird, soll ein ein Ende haben! Das Bürgertum hat sich auf dem Wege unendlicher Geduld in diesen Jahren, seit dem November 1918, die hallische Bürgerschaft aus einem unentschuldbaren Gleichmut in entscheidenden Tagen hindurchgefunden zu dem Protest gegen die terroristische Willkür hallischen Radau- und Mordsozialismus: Bis hierher und nicht weiter! Das Maß ist voll!“

Ja, das Maß ist voll! Die Arbeiterschaft wird nicht zulassen, daß die Monarchisten noch einmal das Volk ins Verderben stürzen können. Mag die deutschnationale Sehnsucht stellungslos gewordener Offiziere noch so groß sein und in der Vergangenheit suchen und mit dem deutschnationalen Oberstleutnant Duesterberg ausrufen: „Ohne Hohenzollern kein Preußen, ohne Preußen und König Wilhelm, Bismarck, Moltke, kein Deutsches Reich!“ Die Arbeiterschaft ist wachsam.

Ueber die Denkmalssprenger sind die Nationalisten in Verlegenheit. Sie wissen noch nicht recht, wie sie sich verhalten sollen, da die Wahrscheinlichkeit besteht, auch die direkte Verbindung der irregeleiteten jungen Leute mit den faszistischen Kreisen aufzudecken. Gar zu gern möchten sie die „Attentäter“ der Kommunistischen Partei anhängen. Trotzdem sie selbst feststellen, daß sich die Festgenommenen „ausnahmslos als Syndikalisten und Anarchisten bekennen“ („Hallesche Zeitung“), also mit der Kommunistischen Partei nichts zu tun haben, werden sie immer wieder mit den Kommunisten in Verbindung gebracht. Die „Hallesche Zeitung“ weiß sogar, daß die Denkmalssprengung nur den Auftakt bilden sollte zu einer großen kommunistischen Aktion, die, wie im Jahre 1921, von Mitteldeutschland ihren Ausgang nehmend, sich über das ganze Reich ausdehnen sollte mit dem Endzweck der Errichtung der Rätediktatur. Also: der Feind steht nicht rechts, sondern links!“

Armer, armer Schmok! Wenn die Kommunisten ihre Aktion einleiten, dann sicher nicht mit der Sprengung deutschnationaler Götzen, sondern sie würden all den bezahlten Schreibknechten zunächst einmal eine Bombe unter den Hintern legen, damit sie durch den Gestank ihrer Lügen und Verleumdungen nicht noch länger die Oeffentlichkeit verpesten können.

Die „unpolitischen“ „Hallischen Nachrichten“ sympathisieren natürlich mit dem faszistischen Mördergesindel. Sie sind empört darüber, daß „in diesem Falle die Polizei so energisch gegen eine Demonstration von rechts“ eingeschritten ist und daß sie nicht geduldet hat, die schwarzweißroten Stahlhelmfahnen in den Straßen herumzuschleppen. Sie fordern, daß, wenn die Mörderfahne nicht mehr geduldet wird, auch die der Kommunisten in den Straßen nichts mehr zu suchen hat. Sie fordern weiter, daß das „zweierlei Maß“ der Behörden aufhören muß; denn „noch mehr Geduld, als der nicht politisch links orientierte Teil unserer Einwohnerschaft in diesen Dingen bisher bewiesen hat, ist von ihm schlechterdings nicht zu verlangen.“

*

Die Faszisten verwirklichen ihre Absicht

Am Sonntag war den Deutschvölkischen die Kranzniederlegung am Wilhelm-Denkmal verboten worden. Doch was ihnen am Sonntag verboten war, das haben sie am Dienstag ausgeführt. Am Mittag um 12 Uhr wurden von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei je ein Kranz mit mehr oder minder saftigen nationalen Phrasen in den Schleifen niedergelegt. Rein zufällig natürlich hatten sich eine Menge Nichtstuer und Tagediebe angesammelt, die bei den gehaltenen Ansprachen nationale Lieder anstimmten. Bezeichnend ist es, daß die Schupowache, die bisher Tag und Nacht die schwarzweißrote Schleife des bereits schon vor mehreren Tagen niedergelegten Kranzes bewachte, zu dieser Zeit zurückgezogen wurde. Nachdem der nationalistische Spuk vorbei war, erschienen wieder die Schupoposten. Es scheint also so, als ob Herr Runge dem Drängen der Nationalisten stattgegeben hat und diese Demonstration erlaubt hat. Nach den stattgefundenen Telephongesprächen muß man zu dieser Annahme gelangen.

Nun hängen vier Kränze am Wilhelm-Denkmal, eifrig und sorgsam bewacht von der republikanischen Schupo. Wenn nun republikanische Bürger sich diese deutschnationale-volksparteiliche Provokation nicht gefallen lassen und versuchen, diese bunten Lappen von dem unter dem Schutze der republikanischen Behörden stehenden Denkmal zu entfernen? Was würde mit diesen Bürgern geschehen? Um Antwort wird gebeten, Herr Runge! Oder wenn nun gar am Wilhelm-Denkmal ein Kranz mit roter Schleife niedergelegt würde, würde auch der den Schutz der Schupo genießen?

*

Wie das „Volksblatt“ mitteilt, ist auch ein Redakteur dieses Blattes im Walhalla-Theater ohne Veranlassung mit Knüppeln bedroht worden. Der Anführer war ein Freiherr Karl v. Eberstein, der nach Feststellung des Namens dem Redakteur noch zurief: **„Warte nur, Du galizischer Jude, Dich kriegen wir schon noch!“** Ein anderer rief: **„Du stehst als erster auf unserer Liste!“**

Arbeitereltern, auf die Schanzen!

Der wirtschaftlichen Offensive des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft stellt sich die geistige Offensive des Bürgertums gegen die Weltanschauung des Proletariats zur Seite.

Der evangelische Reichselternbund ruft zu einer „Reichserziehungswoche“ vom 14. bis 22. Januar auf, „die mit großen Kundgebungen im Reich und Erziehungsvorträgen in Stadt und Land die endgültige Entscheidung in Schulfragen einleiten soll“. Zu gleicher Zeit will die katholische Schulorganisation Unterschriftensammlungen für die katholischen Bekenntnisschulen veranstalten.

Es geht hier um nichts geringeres als darum, alle die kleinen Ansätze einer freiheitlicheren Ausgestaltung des deutschen Schulwesens radikal auszumerzen. Wie man daraus aus ist, die wenigen wirtschaftlichen Errungenschaften des 9. Novembers zu annullieren, so sollen jetzt auch die kleinen Geschenke der Republik auf ideologischem Gebiete zurückgenommen werden. Rückwärtsrevidierung der Schulpolitik, die Konfessionsschule als allein berechtigter und allein seligmachender Schultyp ist hier die Losung!

Wir Kommunisten sehen nun freilich in der bloßen Zielforderung der weltlichen Schule nicht das kommunistische Schulziel. Auch uns geht es um das Ganze. Und um ein paar weltliche Schulinseln im Ozean der konfessionell abgestimmten Schulen verkaufen wir nicht das Erstgeburtsrecht unseres kommunistischen Schulprogramms. Aber gegenüber einem so allgemein geführten reaktionären Angriff, wie ihn der evangelische Reichselternbund in seiner geplanten Reichserziehungswoche jetzt zu unternehmen gedenkt, gilt es, mit aller Entschiedenheit die proletarischen Eltern und Elternbeiräte mobil zu machen unter der Losung: Trennung von Schule und Kirche! Die Reichserziehungswoche des evangelischen Reichselternbundes muß allerorten von uns ausgenützt werden zu einer Protestbewegung gegen die schwarze Reaktion der Gescheitelten und Geschorenen, muß aber auch umgemünzt werden zu einer Propagandabewegung für unser kommunistisches Schulprogramm: sozialistische Einheits-, Arbeit- und Gemeinschaftsschule; und schließlich wird es auch darauf ankommen, den Vorstoß der Schulreaktionäre aufzudecken als einen Teil der ganzen, sich immer unheimlicher emporreckenden Reaktionsbewegung, der gegenüber es nur eins geben kann: Zusammenfassung des klassenbewußten Proletariats, das im Kampfe für seine wirtschaftlichen und geistigen Lebensrechte vorwärtsstürmen muß zur Eroberung der politischen Macht und Aufrichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Beginn der Reichserziehungswoche des evangelischen Reichselternbundes, aber auch einem solchen plötzlichen Ueberfall der Reaktionäre gegenüber muß es möglich sein, alle uns zur Verfügung stehenden organisatorischen Machtmittel auszunützen, um in der Breite des Proletariats eine Gegenbewegung zu entfalten. Unsere Organisationen werden sofort geeignete Schritte ergreifen müssen, um in Verbindung mit unseren Elternbeiräten, den kommunistischen Kindergruppen, der Kommunistischen Jugend, den Frauenagitationskommissionen usw. die Masse mobil zu machen und zu zeigen, daß man im Jahre 1923 das Geistesleben des Volkes nicht mehr ins Mittelalter zurückpressen kann.

Berlin, den 6. Januar 1923.

Die Zentrale der KPD.,
Abteilung Bildung und Propaganda.

* **Nationalistische Hetzereien.** Der Polizeipräsident Runge bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Die „Hallesche Zeitung“ bringt in der Morgenausgabe vom Sonnabend, dem 6. Januar, die Mitteilung, daß ich an einem „Zechgelage“ teilgenommen und dabei Ausschreitungen gegen Schutzpolizeibeamte verübt hätte. Beide Mitteilungen entsprechen dem Sensationsbedürfnis, nicht dem tatsächlichen Sachverhalte. Der alarmierenden Aufmachung des Artikels gegenüber erscheint mir die kurze, schlichte Schilderung der wirklichen Vorgänge als die allein passende Erwiderung. Der Herr Regierungspräsident, Herr Stadtrat Dölz und ich trafen uns abends zu dienstlichen Besprechungen und begaben uns in das fragliche Lokal, um dort die Abendmahlzeit einzunehmen. Es fanden sich später an unserm gemeinschaftlichen Tische zwei Parteifreunde ein, so daß sich das Beisammensein bis 1 Uhr hinzog. Als der Wirt Feierstunde gebot, machten wir uns zum Fortgange bereit und zogen die Mäntel an. So angezogen, blieben wir alsdann in Unterhaltung vor dem Ausgange des Lokals stehen, da einer der Anwesenden noch eine Angelegenheit telephonisch regelte. Von einem „Gelage“ kann somit keine Rede sein. Ueber den Zwischenfall mit dem Schutzpolizeibeamten möchte ich mich im dienstlichen Interesse, weil die disziplinarischen Ermittlungen noch schweben und ich den Eindruck einer Beeinflussung vermeiden möchte, nur insoweit äußern, als es zur Abwehr der gegen mich erhobenen Beschuldigungen notwendig ist. Die beiden Beamten betraten, obwohl sie keinen Dienst hatten, das Lokal kurz hintereinander um etwa 1½ Uhr. Sie waren, wie Zeugen bekunden können, angetrunken. Durch diese Angetrunkenheit allein sind ihr dienst- und disziplinarwidriges Verhalten und die daraus entstandenen Vorfälle zu erklären. Es ist nicht richtig, daß ich einen Beamten angepackt oder er gegen mich den Revolver gezogen hat. Richtig ist vielmehr, daß er mich nicht gekannt und sich mir gegenüber unpassend benommen hat. In einem Streit mit den anderen Gästen, die durch sein Benehmen erregt waren, hat er allerdings den Revolver gezogen. Ich habe diesen Vorfall nicht beobachtet, da ich mich mit dem anderen Beamten beschäftigen mußte, der aufgeregt im Lokal hin- und herging; dieser weigerte sich, wie auch der erstere, mir seinen Namen zu nennen; er hat selbst verlangt, vorgeführt zu werden, ein Verlangen, daß sich nur aus seiner Betrunkenheit erklären läßt. — **Aus dem Bericht der „Halleschen Zeitung“ geht klar hervor, daß Runge und Dölz von den Faszisten auf Schritt und Tritt bespitzelt werden.** Es ist selbstverständlich, daß wir jede Uebertretung gesetzlicher Bestimmungen durch beamtete Personen mit aller Rücksichtslosigkeit geißeln würden. Wir haben ein Recht dazu. Ob zu einer solchen Kritik auch die deutschvölkische „Hallesche Zeitung“ berechtigt ist, das dürfte doch mehr als fraglich sein. Denn gerade die Beamten, die der „Halleschen Zeitung“ nahe stehen, haben auf dem Gebiete der Zecherei Unübertreffliches geleistet.

* **Proletarische Unterhaltungsstunde.** Die Genossen, die die Unterhaltungsstunden leiten, werden gebeten, umgehend die Listen bei dem Genossen Kroh, Lerchenfeldstraße 14, abzugeben. Gruppe Süd (Loefts Hof) hält ihre Unterhaltungsstunde am Freitag, dem 12. Januar, nachmittags von 4 bis 6 Uhr in der Lerchenfeldstraße 14 ab.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Am Sonntag, dem 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im „Volkspark“ (Kartellzimmer) die Generalversammlung statt. Es wird darauf hingewiesen, daß alle Gruppenvorstände ihren Bericht zu geben haben. Außerdem findet eine Neuwahl des gesamten Vorstandes statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gruppenleiters über die Kindergruppenbewegung am Ort. 2. Bericht der Ressortleiter. 3. Kassenbericht. 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 5. Anträge und Anfragen. Der wichtigen Tagesordnung wegen haben alle Genossen und Genossinnen zu erscheinen.

* **Für die gemaßregelten Anilinarbeiter in der Pfalz** gingen weitere Beiträge ein: Allgemeine Ortskrankenkasse 24 760 Mk.; Putzerei der Firma Magdeburg & Werther (3. Rate) 6000 Mk.; Unterhaltungszirkel „Freundschaft“ 870 Mk.; Vereinsvergnügen des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“ 2220 Mk.; Bauarbeiter der Firma Kirschberg (durch Paul Ernst, Sandersdorf) 1000 Mk.; Belegschaft der Firma Gebr. Baensch, Dölau, 7310 Mk.; 18 Kollegen der Tongrube in Lieskau 1750 Mk.; 17 Kollegen der Firma Salewsky in Morl 3400 Mk.; Gebr. Baensch, Dölau, 400 Mark; Arbeiter-Turn- und Sportverein, Dölau, 1250 Mk. — Liste Nr. 81 666 (Kurt Donath) ist in Lettin verlorengegangen, 230 Mk. waren schon gezeichnet.

* **Belieferung der Sozialrentner mit Margarine.** Die Fürsorgestelle für Sozialrentner in der Stadt Halle hat den Notstandsunterstützung empfangenden Sozialrentnern je ½ Pfund Margarine bewilligt. Diese muß bis einschließlich 13. Januar in den Verkaufsstellen der Firma F. H. Krause gegen Abgabe des Postscheck-Abschnittes für Januar, der als Gutschein dient, abgeholt sein. Nach dem 13. Januar erfolgt eine Verabfolgung von Margarine nicht mehr. Bezahlung erfolgt durch die Fürsorgestelle. — Nun werden die Sozialrentner sicher nicht verhungern. Die Fürsorgetätigkeit der Stadt ist geradezu rührend.

* **Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle.** Der ärztliche Vortrag über Infektion und Geschlechtskrankheiten, deren Verhütung und Maßnahmen hierzu, findet am Dienstag, den 16. Januar, in der Martinschule statt. Interessenten können daran teilnehmen. Die Generalversammlung findet am Montag, dem 15. Januar, statt.

* **Großfeuer.** In der Nacht vom Montag zum Dienstag, gegen 4 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Landsberger Straße 3 gerufen. Bei ihrem Eintreffen fand sie ein im zweiten Stockwerk des Seitengebäudes gelegenes Lager der Lebensmittelgroßhandlung von Krause in Flammen vor. Das Feuer war in einer Räucherkammer entstanden und hatte sich von dieser aus durch große Mengen leicht entzündlicher leerer Margarinefässer auf den Lagerraum verbreitet. Es fand in den Tausenden von Fässern, die bis an die Decke aufgestapelt waren, reiche Nahrung und entwickelte einen außerordentlich starken, beißenden Qualm, der den Beamten der Feuerwehr das Vordringen ganz außerordentlich erschwerte. Durch die starke Hitzeeinwirkung gerieten gegen 6 Uhr noch im darüber gelegenen Dachstuhl dort lagernde Pappkartons in Brand. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr konnte das Feuer im Entstehen unterdrückt werden.

* **Gefundene Gegenstände.** In der Zeit vom 1. bis 31. Dezember sind Gegenstände aller Art als gefunden bei der Polizeiverwaltung abgegeben oder angemeldet worden. Die unbekannten Eigentümer dieser Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

* **Der einzige Ausweg.** Gestern nachmittag versuchte eine 82jährige alte auswärtige Witwe in selbstmörderischer Absicht von der Hafenbahnbrücke in die Saale zu springen und später in der Torstraße sich vor einen Straßenbahnwagen zu werfen. Sie wurde in Schutzhaft genommen und später von ihren Angehörigen abgeholt. Der Grund zur Tat sollen Familienzwistigkeiten gewesen sein.

* **Wer ist der Eigentümer?** Vor einigen Tagen ist in einem Grundstück der Geiststraße ein älterer Tafelhandwagen, etwa 10 Zentner Tragkraft, mit Federn und Langbaum, gefunden worden. Der Eigentümer des Wagens wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 67 oder 69, zu melden.

* **Möbeliertes Zimmer gesucht.** Parteigenossen, die in der Lage sind, an einen unserer Bezirkssekretäre ein möbeliertes Zimmer abzugeben oder zur Vermittelung beitragen können, werden gebeten, Angebote bei der Bezirksleitung, Lerchenfeldstraße 14, einzureichen.

Dieskau. Liebknecht-Feier. Am Sonntag, dem 14. Januar, abends 7 Uhr, findet im Gasthof Horn in Zwintschöna eine Gedächtnisfeier für die Revolutionsopfer statt. Programme zu 50 Mk. im Vorverkauf sind in den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.

Reideburg. Aus der Partei. Am Sonntag, dem 14. Januar, vormittags ½10 Uhr, findet im „Gasthof zur Linde“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Anträge. 4. Wahl eines Delegierten zum Bezirksparteitag. 5. Verschiedenes. Die reichhaltige Tagesordnung macht es jedem Genossen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.

Nauendorf. „Unter falscher Flagge.“ Zu dieser Notiz in der Freitag-Ausgabe vom 29. Dezember im „Klassenkampf“ wird uns berichtigend mitgeteilt, daß das Ortskartell zu den Angaben Stellung genommen und festgestellt hat, daß die Angaben nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Das Theaterstück hat keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben. Daß in den Zwischenpausen Lieder gespielt wurden, die nicht in einen Arbeiterverein gehören, konnte bei der Ueberfüllung des Saales nicht sofort verhindert werden. Das Ortskartell sieht in dem Arbeiter-Turn-Verein nach wie vor einen solidarischen Verein.

Sport

Spiele für Sonntag, den 14. Januar:

Turn- und Sportverein Fichte Halle (Fußballabteilung). Fichte 1.—Teutonia 1. ½3 Uhr (Teutonia-Platz). Fichte 2. — Lettin 2. 1 Uhr (Lettinplatz). — Am Freitag, dem 12. Januar, abends 8 Uhr, haben sich alle Mitglieder der Abteilung im „Volkspark“ einzufinden. Da die Platzarbeit daselbst geregelt werden soll, wird gegen nicht erscheinende Mitglieder unnachsichtlich vorgegangen werden.

VfB. Trotha-Süd. VfB. 1. Abtg. Süd — Sportklub Leipzig 1. in Leipzig. — Freitag, den 12. Januar, abends ½8 Uhr, Jahresgeneralversammlung in der „Grünen Tanne“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230110-12/fragment/page=0005

Leben • Wissen • Kunst

Die Klerisei

(8) Roman von Nikolaus Leskow

Er nahm den Brief und die Bilder und begab sich auf das Postamt. Außer diesem Brief hatte er noch ein Schriftstück in der Tasche, das er in derselben frühen Morgenstunde abgefaßt hatte, als er die Aufforderung an Tuberozow schickte. Es lautete folgendermaßen:

„Das Komplott der demokratischen Sozialisten, die sich hinter der Larve des Patriotismus verbergen, macht sich überall bemerkbar. Hier setzt es sich aus äußerst verschiedenartigen Elementen zusammen, und das Schädlichste dabei ist, daß die Geistlichkeit bereits in hohem Maße daran beteiligt ist, da sie dem Volke sehr nahesteht. Die Resultate der traurigen liberalen Duldsamkeit treten hier besonders kraß und zahlreich zutage.

„Der Stargorodet Propst Sawelij Tuberozow, der schon mehr als einmal die Aufmerksamkeit der Behörden durch seinen wilden und frechen Charakter und durch seine schlechte Gesinnung auf sich gelenkt hat, wurde bereits mehrmals für sein unzulässiges Betragen gemaßregelt, ohne daß es auf ihn Eindruck gemacht zu haben scheint, denn er ist von revolutionären Tendenzen ganz durchdrungen.

„Ich wage es nicht, zu entscheiden, wieweit er den Absichten der Regierung Schaden bringen könne, allein nach meiner Ansicht ist dieser Schaden unermeßlich groß. Der Propst Tuberozow genießt hohes Ansehen in der ganzen Stadt, und ist ein Mann von großem Verstande und von einer Kühnheit, die dank der jahrelangen Nachsicht seiner Vorgesetzten heute vor nichts mehr zurückschreckt. Alles, was ein Mensch wie er tut, sollte von Rechts wegen unter strengster Kontrolle stehen. Er jedoch redet, was er will, ohne sich den geringsten Zwang anzutun, und genießt dabei noch das Vorrecht, öffentlich in der Kirche sprechen zu dürfen.

„Dieses geistliche, dem Volke so nahestehende Element scheint aber auch noch mit dem flachen Lande, d. h. mit dem grundbesitzenden Adel Fühlung zu suchen. So genießt dieser verdächtige Propst Tuberozow anscheinend die Gunst und den Schutz des Adelsmarschalls Tuganow, dessen Persönlichkeit und Anschauungen Ihnen ja wohlbekannt sind. Herr Tuganow, der hier an einer Abendgesellschaft im Hause des Polizeichefs teilnahm, meinte u. a.: ‚man lasse die Sonne nicht auf die Erde scheinen' — wobei unter der ‚Sonne' zweifellos der Monarch zu verstehen ist, und unter der ‚Erde' das Volk. Wer aber sich vor die Sonne stellt, ist nicht schwer zu erraten. Ja, er hat es sogar selbst klar ausgesprochen, als er dann noch bemerkte, er sei ein Mann der Scholle, der Gouverneur dagegen nur ‚ein Kalif für eine Stunde'. Als ein hiesiger Lehrer, Prepotenskij, ein ganz dummer, aber politisch durchaus unbescholtener Mensch, ihm sagte, wir alle könnten nicht sagen, wie und von wem Rußland regiert werde, antwortete er mit zynischer Frechheit: ‚Ich halte mich in diesem Falle an die Worte des Grafen Panin aus der Zeit Katharinas, der zu sagen pflegte, Rußland werde durch die Gnade Gottes und die Dummheit des Volkes regiert.' Auf all das habe ich die Ehre, Eure Exzellenz aufmerksam zu machen und halte es für meine Pflicht, vor Eurer Exzellenz die unschätzbaren Dienste des mich begleitenden Kanzleibeamten Ismail Petrowitsch Termosejow nachdrücklich zu betonen. Seiner feinen Beobachtungsgabe, sowie seiner Fähigkeit, in alle Schichten der Gesellschaft einzudringen, verdanke ich eine Menge wertvoller Informationen, und ich wage es, den Gedanken auszusprechen, daß, wenn die Obrigkeit diesem begabten Manne einen selbständigen Beobachtungsposten anvertrauen wollte, er dem Staate von unermeßlichem Nutzen sein könnte."

Dieses Blatt in der Tasche, ging Termosejow seines Weges und fragte sich: „Wird diese Kanaille von Bornowolokow das wohl unterschreiben? Ach was, — wenn man ihn nur ordentlich drückt, unterschreibt er alles."

Elftes Kapitel.

Termosejow gab seinen Brief auf und ging dann sofort zur Frau Postmeisterin. Die Begrüßung war sehr freundschaftlich. Er küßte ihr die Hand, sie gab ihm einen Schmatz auf die Stirn und dankte ihm für die Ehre seines Besuchs.

„O, bitte, ich muß Ihnen danken," erwiderte Termosejow. „Es war ja so entsetzlich langweilig. Ich konnte die ganze Nacht nicht schlafen, weil ich immer mit Angst und Grauen denken mußte: wo bin ich? Unter was für Leuten?"

„Ja, ich sagte schon gestern zu meinen Töchtern: Unser Petersburger Gast muß sich wohl köstlich amüsieren."

„Ach, gar zu schlimm wollen wir es auch nicht machen. Ich diene ja nicht um des Mammons willen, sondern um das Land kennen zu lernen."

„Dann finden Sie bei uns eine Unmenge Beobachtungsstoff."

„Ganz recht — Beobachtungsstoff! Aber da hab' ich Ihnen mit Ihrer Erlaubnis die Bilder mitgebracht, von denen wir gestern sprachen. Gestatten Sie mir, sie aufzuhängen."

Die Postmeisterin wußte gar nicht, wie sie ihm danken sollte.

„Ich will mich mit Vergnügen dieser Arbeit unterziehen, bis Ihre Fräulein Töchter erscheinen . . . Ich darf doch hoffen, sie zu sehen?"

Die Postmeisterin erwiderte, die Mädchen seien noch nicht angezogen, da sie in der Wirtschaft zu tun hätten, kämen aber trotzdem bald.

„Ach, ich bitte Sie darum, ich bitte sehr!" flehte Termosejow und als die geschmeichelte Hausfrau das Zimmer verlassen hatte, begann er die Kaiserbildnisse an der Wand zu befestigen. Die Nägel dazu hatte er mitgebracht.

Die Toilette der jungen Damen nahm fast eine Stunde in Anspruch, und in dieser ganzen Zeit ließ sich auch die Postmeisterin nicht sehen.

„Das ist ein gutes Zeichen!" dachte Termosejow. „Gewiß studiert sie mein Opus."

Endlich erschienen die Töchter in Begleitung ihrer Mutter. Termosejow maß die Postmeisterin mit einem schnellen, durchdringenden Blick. Sie strahlte vor Wonne und Begeisterung.

„Das Fischlein hat angebissen!" schloß er und verzehnfachte seine Liebenswürdigkeit. Um aber seiner Sache ganz sicher zu sein, ging er wieder von Literatur und von seinen Reisestizzen an zu reden.

„Porträts! Um Gottes willen mehr Porträts! Mehr Naturstudien!" bat die Postmeisterin.

„Ja, eigentlich habe ich schon die ganze hiesige Gesellschaft porträtiert und — entschuldigen Sie — auch Ihrer und Ihrer Fräulein Töchter Erwähnung getan . . . Wissen Sie, so ganz flüchtig . . . Wenn ich meinen Brief zurückbekommen könnte, den ich eben aufgegeben habe . . ."

„Ach nein, wozu denn?" rief die Postmeisterin errötend.

„Angebissen, angebissen!" frohlockte Termosejow, und bestand darauf, den Damen vorzulesen, was er über sie geschrieben hatte. Eine Zeitlang hörte man im Zimmer nichts als: „Ach, wozu denn lesen, wir glauben Ihnen auch so!" und: „Ja, warum denn nicht lesen? Wodurch habe ich denn so großes Zutrauen verdient?"

Termosejows Einwände wirkten zu verführerisch auf die Neugier der Mädchen. Bald erbot sich die eine, bald die andere, ins Bureau zum Vater zu laufen und den interessanten Brief des Gastes zu bringen.

Vergebens suchte die Mutter sie durch Worte und Zeichen zurückzuhalten, die Mädchen verstanden sie nicht und gaben keine Ruhe. Termosejow dagegen hatte alles ausgezeichnet verstanden: der Brief befand sich in den Händen der Hausfrau, es galt jetzt nur noch, sie zur Rückgabe zu zwingen und sie dadurch selbst völlig in die Hände zu bekommen.

Ohne viel Bedenken sprang Termosejow von seinem Platz auf und stürzte diensteifrig, der Zurufe der Damen, die ihn zurückhalten wollten, nicht achtend, nach dem Postbureau: er sei, ref er, selbst nicht mehr imstande, sich den Genuß zu versagen, den Damen die bescheidene Darstellung seiner tiefen Bewunderung für sie vorzutragen.

Keine Bitten konnten ihn bewegen, von seinem Vorhaben abzustehen. — Aber auf dem Bureau war kein Brief zu finden.

(Fortsetzung folgt.)

Arme Leut'

Sie war recht eine arme Haut,
Und er ein Besenbinder.
Vom Leben hatten sie nicht viel;
Als wie ein Schüppel Kinder.

Die Stube klein, die Not war groß.
Sie hab'n sich brav geschunden.
Sie ist ins Tagwerk gangen viel
Und er hat Besen bunden.

Das Elend war hübsch reguliert;
Sie sind nicht ganz verdorben.
Nach einem neuen Kinderseg'n —
Ist meistens eins gestorben.

So zwischen Tod und Wochenbett —
Beerdigung und Taufen,
Und manchem Hungerfeiertag —
Ist's Leben grau — verlaufen.

Hans Maier.

Das Proletariat und die Kunst

Von Martin Andersen-Nexö.

(Schluß)

Die historische Stunde des Proletariats ist zweifellos da: es muß sich aus der Umarmung des sterbenden Kapitalismus befreien oder mit ihm zugrunde gehen. Ganz sicher ist der Ausgang nicht; das Proletariat ist stark kapitalistisch verseucht. Es gibt eine Wespenart, die ihre Eier in großen Käfern ablegt, und es diesen überläßt, ihre Brut auszutragen. Sie lähmen den Käfer durch einen Stich in sein Zentral-Nervensystem, so daß er sich nicht mehr weiter bewegen, sondern gerade nur noch herumtorkeln kann, um Futter — für die Wespenraupen zu suchen, die fett und geschützt in seinem Innern leben. In ähnlicher Weise bringt auch der Kapitalismus seine Ideologie in das Proletariat. Große Massen des Proletariats torkeln in dieser Schicksalsstunde umher, gelähmt im Rückenmark, ausgehöhlt, aber schwanger von kapitalistischer Brut.

Wenn der Proletarier imstande ist, sich zu erheben und seine Schmarotzer abzuschütteln, so ist damit seine Stellung in der Entwicklung gegeben; er hat dann seine Berechtigung, sie weiter zu treiben bewiesen und wird derjenige sein, der der neuen Zeit ihren geistigen Inhalt gibt. Er wird zum Schöpfer einer neuen Renaissance! Neue Gedanken, neue Ideen, neue Taten werden die Hülsen seines Durchbruches sein: das Blut wird heißer und schneller in uns allen strömen; eine neue Aera der Fruchtbarkeit wird in der Welt beginnen — wahrscheinlich dann auch für Literatur und Kunst. In welcher Richtung aber wird sein Eingreifen sich zeigen?

Ich glaube, ich darf behaupten, daß es nicht in der Richtung neuer Formen der Kunst liegen wird. Es gibt in der Welt des Geistigen ein Gesetz, das lautet: Je wertvoller der Inhalt, um so schlichter die Einkleidung; und dieses Gesetz gilt auch auf dem Gebiete der Kunst. Mit andern Worten: Solange ein Volk oder eine Klasse vom geistigen Inhalt erfüllt ist, macht es sich nicht daran, diesen Inhalt zu umschreiben, sondern wirkt sich unmittelbar aus in großen Ideen und ihre Umsetzung in die Tat. Erst mit der Verminderung des Inhalts greift die Ausschmückung helfend ein — die Kunst beginnt. Das spezifisch künstlerische Interesse fällt erst in die zweite Phase des Lebens eines Volkes oder einer Klasse — in die absteigende Phase, und wächst proportional mit dem Niedergang. Was oberflächlich gesehen, wie eine Renaissance der Kunst erscheint, — neue Formen, neue Methoden — ist also in Wahrheit nur eine Dekadenzerscheinung.

Ich weiß nicht, vielleicht hat die Kunst, wie wir sie bis jetzt aufgefaßt haben, das Beste hinter sich: vieles deutet darauf hin, daß ihre Tage gezählt sind. Es gibt innerhalb des Verlaufs ihrer Entwicklung eine Linie, die auf die Abschaffung aller „äußerlichen Mittel zur Wirkung" deutet, eine Bewegung nach innen, auf das Eigentliche hin! Der Vers, der jetzt im Absterben ist, ist die älteste literarische Kunstform, die schlichte einfache Prosa die jüngste. Im Drama und Roman macht sich, in großen Zügen, dieselbe Entwicklungstendenz geltend. Schon vor 300 Jahren hat Cervantes mit seinem Don Quichotte die überspannten, verrückten Ritterromane totgeschlagen — nicht vorübergehend, sondern für immer. Und das Drama zeigt dieselbe Entwicklung: die Katastrophe wird nach innen verlegt (Ibsen), um später völlig einfachen Wirkungen zu weichen. Wer kümmert sich heute um die künstlich konstruierten Schicksale mit ihrer krampfhaft gewundenen Katastrophenpsychologie?

Der Proletarier hat allen Anlaß, hier einzugreifen, einfach, sachlich und allgemein wie sein Wesen ist. In verschiedenen Ländern hat er schon angefangen, eine eigene Literatur zu schaffen — Heimats- und soziale Dichtung — die überraschen durch ihre absolute Sachlichkeit und den Schimmer, den sie dennoch über die alltäglichsten Begebnisse zu legen vermag. Der Proletarier wird kaum anfangen, äquilibristische Kunststücke zu machen, frei in der Luft schwebend, zur Befriedigung der Aesthetiker — auf keinen Fall, wenn es ihm erlaubt ist, mit seiner eigenen Natur zu folgen. Dazu steht er zu fest mit beiden Füßen im Boden wurzelnd.

Die Wissenschaft der alten Welt konnte uns das Gewicht der Sonne angeben, bis aufs Pfund genau, aber sie war nicht imstande, Brot für die Hungrigen auszuwiegen. Ihre Kunst konnte die Wunden aller Welten aus dem Aermel schütteln, und das Märchen im Lichte der Ramre strahlend entzünden; aber der Alltag hing gleich grau und bleischwer über den ausgehungerten Seelen. Meinetwegen mag der Proletarier sich unfähig zeigen, in allem, was die Erfindung neuer Theatereffekte betrifft, wenn er nur die Konsequenzen seines eigenen Wesens zieht — seines Solidaritätsgefühls — und den Alltag hell und glanzvoll für die Vielen macht.

Das ist schließlich doch die höchste Kunst!

In der Moskauer Bergakademie

Die Bergakademie in Moskau ist in einem ehemaligen Kriegsinvalidenhaus untergebracht, und nur mit der größten Mühe, da alle Intellektuellen jede Arbeit sabotieren, konnte die Inneneinrichtung geschaffen werden. Es mußten alle Lehrabteilungen, wie Laboratorium, die elektrotechnische Abteilung, Zeichen- und Hörsäle, sowie alle zum Studium notwendigen Behelfe erst neu besorgt werden. So mußten z. B. in der elektrotechnischen Abteilung viele Lehrapparate selbst hergestellt und die demolierten Instrumente in Ordnung gebracht werden, was — wenn auch mit der größten Geduld — doch gelungen ist. Die Universität hat einen großen Umfang, besteht aus drei Haupttrakten, hat einen sehr großen Hörsal und einige kleinere Lehrsäle.

Gegenwärtig sind 1130 Schüler aus allen Bergrevieren an der Universität und außerdem studieren weitere 4000 Studenten an ähnlichen Schulen in Petersburg, Jekaterinenburg und so weiter. Der Universität in Moskau ist eine Vorbereitungsschule angegliedert, in der die aus den Mittelschulen kommenden Arbeiterstudenten für die höheren Klassen vorgebildet werden. Es bestehen in der Hauptsache drei Fakultäten, und zwar Metallurgie, Bergbau und Geologie. Ferner ist ein großes Museum, mit allen zum Studium nötigen Metall- und Erzsorten wohl ausgestattet, in der Anstalt vorhanden.

Jeder Kursus dauert vier Jahre und im Frühjahr 1923 werden die ersten 35 roten Ingenieure in die Reviere hinausgesendet werden, um ihre Kraft und die erworbenen Kenntnisse zum Nutzen der Sowjetmacht und der Zukunft Rußlands anzuwenden. Von den Schülern sind 75 Prozent Arbeiter, der Kommunistischen Partei gehören 304 und dem Kommunistischen Jugendverbande 104 Studenten an. 20 Prozent sind Frauen, die dieselben Rechte genießen wie die übrigen Studenten.

Besonders fällt der Lerneifer der Studierenden auf, die in bezug auf Disziplin, Klassenbewußtsein und Solidarität ein musterhaftes Gegenstück zu unserer bürgerlichen studierenden „goldenen Jugend" an den westeuropäischen Hochschulen bilden.

Der Empfang, den uns Delegierten die Angehörigen der Universität boten, wird sicherlich allen Besuchern lange im Gedächtnis bleiben. Das war keine künstliche Mache, wie es der staunenden, leichtgläubigen Bevölkerung in Mitteleuropa von der bürgerlichen Presse vorgemacht wird. Lehrer und Schüler bilden gleichsam eine große Familie, in der größte Herzlichkeit herrscht, die sie auf die Besucher übertrugen. In allen Lehrsälen hängen die Bilder der großen Führer der russischen Revolution. Aus den gelegentlichen Gesprächen mit einzelnen Parteilosen und Kommunisten konnten wir ersehen, daß die kommunistische Fraktion in vollstem Einvernehmen mit den übrigen Studenten alle Maßnahmen trifft, die im Interesse der Anstalt und der übrigens sehr guten Verpflegung liegen.

„Weg mit dem Parteihader!"

Eisenbahngespräche sind nicht uninteressant zur Erforschung der Stimmungen „im Volke". Wo heute ein paar Bürger zusammensitzen und das Gespräch ins politische Gleis kommt, da wird erst einmal richtig auf Poincaré geschimpft.

„Solange der Blutsauger Poincaré lebt," sagte neulich ein dicker Bürger im Eisenbahnabteil dritter Klasse, „solange wird Deutschland nicht aus dem Dreck herauskommen."

Er vergaß natürlich, an den inneren Feind Deutschlands zu denken. Die deutschen Schlotbarone und Krautjunker können wuchern und erpressen, können so viel „produktive Pfänder und Garantien" vom deutschen Michel fordern, wie sie wollen. Sie können durch Preissteigerung den Dollar bis in den Himmel hinaufjagen — das sieht niemand, das hört niemand, das ist für den Deutschen eine Selbstverständlichkeit. Das ist die gottgewollte Ordnung.

Und dann kommt allemal die Ursache des deutschen Elends: „Wenn wir Deutsche nur den unseligen Parteihader unterlassen wollten," seufzte der andere Spießbürger in jenem Eisenbahnabteil. „Wir müssen uns aufraffen," fuhr er fort, „endlich diesen blödsinnigen politischen Tageskampf zu unterlassen. Was hat es für einen Zweck, sich an den verrückten Auseinandersetzungen der Parteien zu beteiligen?" Ich horchte aufmerksam zu, was der gute Mann denn nun eigentlich wollte. Aber ich hörte nur aus einem Phrasenschwall heraus, daß er die dringenden Gebote der Gegenwart und Zukunft in das Gewissen der Menschen einhämmern und eine „Notgemeinschaft zum Schutze der Menschheitskultur" schaffen wollte.

„Erlauben Sie mal," mischte sich ein junger Mann ins Gespräch, „ich bin der Meinung, die Deutschen befassen sich viel zu wenig mit Politik. Es kommt nicht darauf an, keine Politik zu treiben, sondern die richtige Politik zu wählen. Leider wird heute noch die deutsche Politik von den schlimmsten Feinden des deutschen Volkes gemacht und die sitzen im Lande selbst. Das sind die Leute, die aus dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ein einträgliches Geschäft machen, die sogar ihre Leute in die Regierung schicken, die im Interesse ihrer Privatunternehmungen regieren müssen und die die wirklich werteschaffende Bevölkerung ins tiefste Elend stürzen. Wenn sich das arbeitende deutsche Volk einmal darauf besinnen wollte, selbst Politik zu betreiben — und das kann man heute nicht, ohne sich einer kämpfenden Partei anzuschließen —, dann wäre Deutschland innen und außen von seinen Blutsaugern bald befreit und wir wären aus dem Dreck heraus."

Die Bürger blickten den jungen Mann von der Seite an und griffen dann zu jener Verlegenheitswaffe, zu der ältere Leute immer greifen, wenn sie von jungen auf den Sand gesetzt werden. Sie murmelten: „Gelbschnäbel sollten sich am allerwenigsten mit Politik befassen."

„Nun ja," sagte der junge Mann, „darüber mögen die Meinungen verschieden sein. Ich meine bloß: Verstand hat man nicht im Alter, sondern im Kopf."

Ein neuer Lokomotiventyp für Sowjet-Rußland. Der Chef der russischen Eisenbahnkommission in Berlin, Professor Lomonossow, hat am 14. Dezember, wie der „Ost-Expreß" erfährt, einen Vertrag mit deutschen Werken abgeschlossen über den Bau zweier Diesel-Lokomotiven auf Grund einer neuen Erfindung, die Professor Lomonossow gemeinsam mit dem Professor der Charlottenburger Technischen Hochschule, Fr. Meinecke, gemacht hat. Es handelt sich um die Konstruktion eines neuen Transmissionsmechanismus, der es gestattet, die Diesel-Motoren bei Lokomotiven zu verwenden, wie dies jetzt bei Schiffen bereits geschieht. Bisher waren die Bemühungen in dieser Richtung erfolglos geblieben. Die neuen Lokomotiven werden sich doppelt so teuer stellen, wie die bisherigen; doch da sie nicht auf Wasserzufuhr angewiesen sind, besteht bei ihrer Verwendung die Möglichkeit, Eisenbahnen in wasserlosen Gegenden anzulegen. Die ersten zwei neuen Lokomotiven, die eine mit elektrischer, die andere mit hydraulischer Transmission, müssen laut Vertrag bis zum Sommer 1923 fertiggestellt sein.

Der größte Bahnhof der Welt. Seit Eröffnung des Holzkirchner Bahnhofsteiles mit zusammen 22 Bahnsteig-Gleisen ist der Münchener Hauptbahnhof der größte Bahnhof der Welt geworden. Ihm folgen nach der Größe St. Louis, Paris, Leipzig, Frankfurt, London. Die höchste Zahl der Fahrgäste, und zweifellos auch unter allen Bahnhöfen der Welt, hat der Münchener Hauptbahnhof mit 421 000 Reisenden am 24. September 1922, dem Oktoberfest-Hauptsonntag, erreicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230110-12/fragment/page=0006